

# UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

193 · November 2006

Monatliche Publikation,  
herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung

## *aus dem Inhalt*

VorSatz 963

### Essay

WERNER SCHMIDT

Peter Weiss – Intellektueller in der geteilten Welt 965

### Partei ohne Bewegung

WOLFRAM ADOLPHI

Kaderpartei. Skizze für ein HKWM-Stichwort 982

### Gesellschaft – Analysen & Alternativen

CAREN LAY

Abschied vom »Ernährermodell«.

Zur Familien-, Sozial- und Arbeitspolitik der Neuen Linken 1004

# VorSatz

*Haben wir eigentlich eine Regierung? Ich will mich nicht dümmer stellen, als ich bin, ich weiß natürlich, dass im Bundestag vor etwa einem Jahr eine solche gewählt worden ist. Aber mein Eindruck ist zunehmend, dass man sie nicht oder nur eingeschränkt spürt. Regiert sie auch? Dies in dem Sinne, dass sie sich um die gemeinsamen Angelegenheiten, die Probleme und das Wohl des Gemeinwesens Bundesrepublik Deutschland kümmert. Oder ist es mit der Regierung so wie mit dem Zitronenfalter, der ja bekanntlich auch keine Zitronen faltet?*

*Ob wir in einer Informationsgesellschaft leben, ist nicht gewiss, auf jeden Fall kann man sich eine Menge mehr oder weniger nützlicher Informationen beschaffen. Wie sich herausstellt, auch Informationen über die Bundesregierung, [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de). Das sieht alles ganz übersichtlich aus, man kann sich zum Bundeskanzleramt durchklicken oder zu den einzelnen Bundesministerien, zu verschiedenen Bundesbehörden usw. Man erfährt, dass es am vergangenen Freitag eine Pressekonzferenz gegeben hat, auf der über die Arbeit der Bundeskanzlerin Angela Merkel informiert wurde. Donnerwetter, denke ich, das ist es.*

*So sieht der Wochenarbeitsplan der Regierungschefin aus:*

*Der Montag wird mit einem Spitzentreffen um Familie und Wirtschaft beginnen, diverse Präsidenten von Wirtschaftsverbänden, Vorsitzende von Gewerkschaften und Wissenschaftsverbänden werden daran teilnehmen. Am Nachmittag wird Frau Merkel den mazedonischen Ministerpräsidenten Nikola Gruevski mit militärischen Ehren empfangen. Am Abend steht ein Geburtstagsempfang zu Ehren des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber auf dem Programm. Sie hat es eben auch nicht leicht.*

*Am Dienstag reist die Bundeskanzlerin nach Leipzig, sie wird am Bergfest des Bauprojektes DHL-Luftfrachtdrehkreuz Leipzig/Halle teilnehmen, mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Post AG die Baustelle besichtigen und dabei eine Rede halten.*

*Der Mittwoch beginnt mit der üblichen Kabinettsitzung, da soll es um die Vorbereitung der G7/G8-Präsidentschaft im nächsten Jahr und des G7/G8-Gipfels in Heiligendamm gehen (G7/G8 sind die sieben reichsten Länder der Erde plus Russland). Außerdem will man sich noch kurz mit der »Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt« befassen, wie die Ausbildungsmisere in unserem Land euphemistisch bezeichnet wird. Am Nachmittag geht Frau Merkel zum jährlichen Unternehmertag des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels. Am Abend wird sie die Union mittelständischer Unternehmer mit ihrer Gegenwart beehren und bei der Verleihung des Mittelstands-*

preises 2006 an den thüringischen Ministerpräsidenten Dieter Althaus (CDU) die Laudatio halten, man ist halt unter sich.

Nach diesem prall gefüllten Mittwoch fängt sie am Donnerstag ein bisschen später an – Zeit zum Staub wischen. Am Abend empfängt sie die chilenische Staatspräsidentin Michelle Bachelet.

Der Freitag wird wieder stressig, da findet im finnischen Lahti ein informelles Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs statt (Warum eigentlich informell? Informelle Gruppen sind z. B. Seilschaften oder auch kriminelle Banden). Auf der Tagesordnung stehen die Innovationspolitik und die Energiepolitik in Europa, daneben die Migrationspolitik der Europäischen Union und die Lage im Sudan. Am Abend wird es ein gemeinsames Essen geben, zu dem auch der russische Präsident Wladimir Putin erwartet wird. Man mampft aber nicht einfach schweigend vor sich hin, sie wollen über Fragen der strategischen Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Russland sprechen.

Was Gespräche mit Präsident Putin angeht, ist die Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Übung, sie hatte erst letzte Woche die Gelegenheit. Da es mit der »Richtlinienkompetenz« der Kanzlerin im eigenen Kabinett nicht weit her ist, hat sie diese gleich einmal am russischen Staatschef erproben wollen. Den Mord an der Journalistin Anna Politkowskaja in Moskau nahm sie zum Anlass, für Russland Pressefreiheit als Bestandteil und Voraussetzung für Demokratie anzumahnen. Putin reagierte gelassen, der Mord an Anna Politkowskaja habe Russland mehr geschadet als ihre Artikel. Das kann man als zynisch ansehen, aber es wird wohl zutreffen. Das wäre in Deutschland auch nicht anders, wobei dahin gestellt bleiben soll, ob wir gegenwärtig eine Journalistin oder einen Journalisten vom Profil der Ermordeten haben.

Was gibt es noch an Regierungstätigkeit zu vermelden? Zunächst wurde der Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan um ein Jahr verlängert. Was deutsche Soldaten eigentlich konkret machen, indem sie »deutsche Interessen am Hindukusch verteidigen«, bleibt unklar, darüber gibt es keine Informationen, das muss das Volk nicht wissen.

Und dann ist ja noch die Gesundheitsreform. Auch darum wird es in der kommenden Woche bei Spitzengesprächen gehen, ohne direkte Teilnahme der Bundeskanzlerin. Vertreter wichtiger Verbände der Ärzte, Apotheker und Krankenkassen werden gleich gar nicht daran teilnehmen, wohl weil sie nichts oder nichts Gutes davon erwarten. Kenner warnen vor zwei Konsequenzen: Zum einen werden die Menschen mit mittlerem Einkommen übermäßig belastet, zum anderen droht ein Rückbau der flächendeckenden gesundheitlichen Betreuung und Versorgung. Damit reiht sich das Projekt Gesundheitsreform in das ein, was in den letzten Jahren in Deutschland »Reform« genannt wird, den Bürgerinnen und Bürgern immer wieder tief in die Taschen zu greifen.

Damit sind wir wieder beim Thema. Wir spüren die Regierung, wenn sie uns immer wieder zur Kasse »bittet«, d. h. zwingt. Ansonsten können wir sie nicht weiter bemerken, weil sie – wie Frau Merkel – unentwegt bei Unternehmerverbänden und Großunternehmen unterwegs ist. Kann man das Klassenpolitik nennen?

DIETMAR WITTICH

Wir gratulieren unserem Autor der ersten Stunde, dem Vorsitzenden der Rosa-Luxemburg-Stiftung Reinhard Mocek, herzlich zum 70. Geburtstag.

WERNER SCHMIDT

## Peter Weiss – Intellektueller in der geteilten Welt

Der Schriftsteller Peter Weiss wäre am 8. November dieses Jahres 90 Jahre alt geworden. Auf seiner Flucht vor dem deutschen Faschismus war der in Nowawes (heute Neubabelsberg) geborene Weiss über London, Varnsdorf in Böhmen, Prag und die Schweiz Anfang 1939 nach Schweden gekommen, wo der Vater, ein jüdischer Textilfabrikant ungarischer Herkunft, den Neuaufbau eines Betriebes übernommen hatte. Mit verschiedenen künstlerischen Mitteln – als Schriftsteller in schwedischer Sprache, Maler, Filmemacher – versuchte er während der ersten beiden Jahrzehnte im neuen Land, sich von der ihn plagenden Vergangenheit zu befreien. Dies gelang ihm aber erst, als er durch seine politische Stellungnahme eine Grundlage fand, auf der er stehen konnte. In diesem Augenblick hatte er den Schlüssel zu Kunst und Geschichte gefunden, und die deutsche Sprache kehrte zu ihm zurück.<sup>1</sup> Anfang der 1960er Jahre erlebte er mit den beiden Prosaebänden *Abschied von den Eltern* (1961) und *Fluchtpunkt* (1962) seinen Durchbruch als deutschsprachiger Autor. Weltweite Anerkennung erwarb er sich dann mit *Marat/Sade* (1964) und *Die Ermittlung* (1965).

Mit seinem literarischen Durchbruch geriet Weiss unmittelbar ins Zentrum politischer Auseinandersetzungen. In einer Zeit restaurativer Tendenzen, in der eine »heile Welt« imaginiert wurde, brachte Weiss mit *Marat/Sade* großes Weltanschauungstheater auf die Bühne, das politische Grundfragen der Epoche zur Diskussion und angebliche Sekurität in Frage stellte. Besonders brisant war die westdeutsche Debatte im Zusammenhang mit der gemeinsamen Uraufführung des Auschwitz-Stückes *Die Ermittlung* im Oktober 1965 an 16 Bühnen, u. a. an der Freien Volksbühne Berlin (West) und der Deutschen Akademie der Künste Berlin/DDR. Die politische Auseinandersetzung entzündete sich vor allem daran, dass Weiss die Mitschuld deutscher Monopole an Auschwitz betonte. »Aus der vorgeblichen Kunstdebatte (›Ist Auschwitz auf dem Theater darstellbar?‹) war ein politischer Streit geworden.«<sup>2</sup>

Es waren aber nicht nur seine Stücke, die Weiss zu einem umstrittenen Schriftsteller machten. Einen Monat vor der Uraufführung der *Ermittlung* hatte er mit seinen programmatischen *10 Arbeitspunkten eines Autors in der geteilten Welt* explizit Stellung für die sozialistische Seite in der antagonistischen Welt des Kalten Krieges bezogen. Er hatte damit in den Augen des konservativen literarischen Publikums, aber auch einiger seiner Schriftstellerkollegen, allen voran Günter Grass,<sup>3</sup> die Literatur zweifach verraten: durch ihre Operationa-

Werner Schmidt – Jg. 1944; Dr. phil., Historiker, Dozent an Södertörns högskola, Stockholm. Publiizierte zuletzt eine Biographie über den ehemaligen Vorsitzenden der schwedischen Linkspartei Kommunisten (VPK): »C-H Hermansson – en politisk biografi« (2005).

1 Vgl. Olof Lagercrantz, Anwalt gemordeter und versklavter Millionen, in: Gunilla Palmstierna-Weiss und Jürgen Schutte (Hrsg.): Peter Weiss. Leben und Werk, Frankfurt/Main 1991, S. 16 f.

2 Manfred Haiduk: Vom Turm zum Neuen Prozess, in: Peter Weiss. Leben und Werk, S. 180 ff.

3 Über Grass und einige andere Kollegen schreibt Weiss in seinen Notizbüchern: »weil sie meine

politische Einstellung ablehnen, lehnen sie auch meine literarischen Arbeiten ab. Ihre spöttischen Bemerkungen zu meiner polit. Haltung betreffen ebenso meine Bücher. Politik u Schreiben ist für mich eins. Für sie auch, aber bei ihnen ist die Politik liberal, reformistisch. Immer wieder: eine uralte parteipol. Gegnerschaft, übertragen aufs Kulturelle«. Peter Weiss, Notizbücher 1971-1980. Erster Band, Frankfurt am Main 1981, S. 56 f.

4 Vgl. Günter Giesenfeld: »Politisches Engagement ist altmodisch«. Peter Weiss und die Dritte Welt, in: Peter Weiss. Leben und Werk, S. 205.

5 Pierre Bourdieu: Die Intellektuellen und die Macht, Hamburg 1991, S. 42.

6 Ebenda, S. 19 f.

7 Gramscis Konzeption geht von der Hegemonieproblematik aus und bezieht sich auf die organisierende gesellschaftliche Funktion der Intellektuellen (Siehe Alex Demirovič, Peter Jehle: Intellektuelle, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 6/II, Hamburg 2004, S. 1273 ff.).

8 Bourdieu 1991, S. 62 f.

9 Peter Weiss: Meine Ortschaft, in: Peter Weiss: In Gegensätzen denken. Ein Lesebuch, ausgewählt von Rainer Gerlach und Matthias Richter, Frankfurt am Main 1988, S. 199.

lisierung für politische Ziele und durch seine politische Parteinahme unter Ausnutzung seiner Autorität als Schriftsteller.<sup>4</sup>

Mit *Marat/Sade* und den späteren antiimperialistischen Stücken *Gesang vom Lusitanischen Popanz* (1967) und *Viet Nam Diskurs* (1968) gehörte Weiss zu den deutschsprachigen Wegbereitern der neuen internationalen Protestbewegung. Er war auch einer der wichtigsten intellektuellen Impulsgeber und Aktivisten der schwedischen Vietnambewegung (u.a. als einer der Organisatoren des *International War Crimes Tribunal* (Russell-Tribunal) in Stockholm 1967). Nach einem mehrwöchigen Aufenthalt in Nordvietnam im Frühsommer 1968 – und trotz der militärischen Zerschlagung des »Prager Frühlings«, gegen die er öffentlich protestierte – entschloss er sich, der schwedischen Linkspartei Kommunisten (VPK) beizutreten.

Mit seinem »Verrat«, der darin bestand, dass er mit seiner Autorität als anerkannter Autor in das politische Geschehen eingriff, erfüllte Peter Weiss gerade eines der Kriterien, um in Sinne Pierre Bourdieus in den Rang eines Intellektuellen gehoben zu werden.

Bourdieu beschreibt den Intellektuellen als ein »bi-dimensionales Wesen«. Um den Namen Intellektueller zu verdienen, muss ein Kulturproduzent zwei Voraussetzungen erfüllen: »zum einen muss er einer intellektuell autonomen, d. h. von religiösen, politischen, ökonomischen usf. Mächten unabhängigen Welt (einem Feld) angehören und deren besondere Gesetze respektieren; zum anderen muss er in eine politische Aktion, die in jedem Fall außerhalb des intellektuellen Feldes in engerem Sinn stattfindet, seine spezifische Kompetenz und Autorität einbringen, die er innerhalb des intellektuellen Feldes erworben hat.«<sup>5</sup> Leider haben viele Intellektuelle »ihre Erkenntnisse, ihr Wissen, ihre Kompetenz in einer Art Schuldbewusstsein dem Proletariat als Opfergabe dargebracht«. Der Preis, den sie für ihr politisches Engagement bezahlten, entwertete ihren Status als Intellektuelle. Bourdieu zitiert Blaise Pascals Warnung, dass man sich verdummen muss, wenn man gläubig werden will. Und so erging es laut Bourdieu vielen, die sich einer kommunistischen Partei anschlossen: »Man trat in einen Glauben ein, indem man sich dümmer machte.«<sup>6</sup> In diesem Zusammenhang sieht Bourdieu die Gefahr, dass Antonio Gramscis organischer Intellektueller<sup>7</sup> in einen »Weggefährten« des Proletariats mutiert.<sup>8</sup>

Peter Weiss war dieser Gefahr auf existenzielle Weise ausgesetzt.

### *Der Weg zum politischen Engagement*

Seit seiner Vertreibung aus Deutschland war Weiss von einem Gefühl der Unzugehörigkeit geplagt. In Schweden, dessen Staatsbürgerschaft er seit 1946 besaß, galt er bis zum Schluss als »fremder Vogel«. Seine Aufenthalte auf geographischen Punkten waren immer nur zufällige Durchgangsstellen, die zu blinden Flecken wurden, »und nur eine Ortschaft, in der ich nur einen Tag lang war, bleibt bestehen. (...) Ich habe keine andere Beziehung zu ihr, als dass mein Name auf den Listen derer stand, die dorthin für immer übersiedelt werden sollten«: Auschwitz.<sup>9</sup>

Im Dezember 1964 hatte Weiss im Rahmen des Frankfurter Auschwitz-Prozesses an einer Ortsbegehung des ehemaligen Konzentrationslagers teilgenommen. Über diesen einen Tag in der »Ortschaft,

für die ich bestimmt war und der ich entkam«, schreibt er: »Ein Lebender ist gekommen, und vor diesem Lebenden verschließt sich, was hier geschah. (...) Jetzt steht er nur in einer untergegangenen Welt. Hier kann er nichts mehr tun. Eine Weile herrscht die äußerste Stille. – Dann weiß er, es ist noch nicht zuende.«<sup>10</sup>

Er hatte lange in der Hoffnung gelebt, dass der zeitweise psychotische Zustand, an dem er nach seiner Emigration litt, sich in dem Augenblick verflüchtigen würde, »in dem meine Arbeit sich einmal als sinnvoll erweisen würde, in dem es gelänge, eine Resonanz, eine Perspektive herzustellen.«<sup>11</sup> Die Einsicht, dass der Schrecken noch nicht zuende ist, dass wir immer noch in der gleichen Welt, »in der jene lebten, die darin vernichtet wurden«,<sup>12</sup> gab seiner Arbeit endlich eine Perspektive.<sup>13</sup>

Jetzt konnte er die »Schuld« tragen, dass er der vorbestimmten Vernichtung entkommen war. Das Tragen dieser Schuld wird ihm zur existenziellen Verpflichtung, den Opfern die Stimme zu leihen, ihr Schweigen zum Sprechen zu bringen.<sup>14</sup> Doch gehörte Weiss nicht zu denen, die im faschistischen Massenmord einen einmaligen Akt unfassbarer Barbarei sahen. Für ihn wurde die »Tradition von Guernica, Lidice und Maidanek« auch nach 1945 weitergeführt.<sup>15</sup>

### *Vielfach geteilte Welt*

Anfang der 1960er Jahre tritt mit dem Schicksal Patrice Lumumbas die ›Dritte Welt‹ an Weiss heran. Und schon während der Arbeit an *Marat/Sade* verwoben sich Faschismus und Kolonialismus und prägten seine politische Bewusstwerdung. »Das faschistische Regime in Deutschland wurde besiegt«, schreibt er in sein Notizbuch, doch »das Prinzip der Verfolgung und Ausbeutung großer Bevölkerungsgruppen, bis zur Vernichtung besteht weiter«.<sup>16</sup> Den Grund dieses Prinzips der Unmenschlichkeit findet er im kapitalistischen System, und die Lösungsperspektive kann für ihn nur der Sozialismus sein. In diesem Sinne formuliert er seine *10 Arbeitspunkte eines Autors in der geteilten Welt*.<sup>17</sup>

Die geteilte Welt in der Peter Weiss 1965 politisch Stellung bezieht, ist zunächst und vor allem die antagonistische Welt des Kalten Krieges. Auch wenn er damals schon konstatiert, dass »die Zweiteilung der Welt in sich vielfach gebrochen und von komplizierten, einander oft bekämpfenden Tendenzen durchsetzt ist«, so sieht er dennoch »zwei deutliche Machtblöcke«: der eine »enthält die vom Kapitalismus bedingte Ordnung«, der andere »die teils etablierten, teils sich heranformenden sozialistischen Kräfte, sowie die Freiheitsbewegungen in den ehemals kolonialisierten oder noch unter Gewaltherrschaften stehenden Ländern«. Seine Stellungnahme, seine Seitenwahl ist zwar eindeutig, aber keineswegs unkritisch, nicht ohne Vorbehalte. Sie ist die Antwort auf die Frage: »Auf welcher der beiden Seiten sehe ich hinter den Unvollkommenheiten, den Widersprüchen und Fehlern die Möglichkeit zu einer Entwicklung, die meinen Vorstellungen von Humanität und Gerechtigkeit entspricht?« Bei den Wahlmöglichkeiten, »die mir heute bleiben«, sieht er nur in der sozialistischen Gesellschaftsordnung die Möglichkeit zur Beseitigung der bestehenden Missverhältnisse in der Welt, vorausgesetzt allerdings, dass »Selbstkritik, die dialektische Auseinandersetzung, die ständige Offenheit zur

10 Ebenda, S. 208.

11 Peter Weiss: *Rekonvaleszenz*, Frankfurt am Main 1991, S. 106.

12 Peter Weiss: Brief an H. M. Enzensberger, August 1965, in: Ders.: *Rapporte 2*, Frankfurt am Main 1980, S. 37.

13 Wenn Weiss nach seinem Aufenthalt in Auschwitz schreibt, dass sich vor ihm, dem Besucher, verschlösse, was da geschah, und dass er dort, in Auschwitz, nichts mehr tun könne, dann bedeutet das nicht, dass es sich um Dinge handele, die wir nicht fassen könnten. »Und doch zeigt es sich«, betont er in seiner Kontroverse mit H. M. Enzensberger, »dass auch das Schrecklichste immer noch menschliche Proportionen besitzt, und dass alles was von Menschen in die Wege geleitet worden ist, seinen Ursprung und seine Erklärung hat. Wir sind zufällig von der Macht, die jene Lager errichtete, verschont geblieben – doch haben wir deshalb das Recht, von uns als ›Verschonte‹ zu sprechen, im Gegensatz zu denen, die wir die ›Betroffenen‹ nennen können? Besteht ein kategorischer Unterschied zwischen den Verschonten und den Betroffenen? Wir leben immer noch in der gleichen Welt, in der jene lebten, die darin vernichtet wurden.«  
Ebenda, S. 36 f.

14 Vgl. Alfons Söllner: *Widerstand gegen die*

Verdrängung. Peter Weiss und die deutsche Zeitgeschichte, in: Peter Weiss. Leben und Werk, S. 286.

15 In einem Artikel in Dagens Nyheter (2. 8. 1966) schreibt Weiss: »Seit dem Kampf, der gegen Hitlers Faschismus und um die ökonomische Machtstellung in der Welt geführt wurde, sind jedes Jahr in Europa, Asien, Afrika und Lateinamerika unzählige Menschen, die sich dem System des ›Freien Unternehmertums‹ und der der kolonialistischen Ausbeutung widersetzen, von der Polizei und dem Militär der Macht habenden unschädlich gemacht worden. Die Besitztümer der reichen Nationen sind verpestet von Aasgeruch. (...) Amerika, dieses Land, das so viele wahre Demokraten beherbergt, steht heute vor den Völkern, die nach Freiheit und Unabhängigkeit streben, als Weiterführer der Tradition von Guernica, Lidice und Maidanek.«

16 Notizbücher 1960-1971, a. a. O., S. 374.

17 Peter Weiss, 10 Arbeitspunkte eines Autors in der geteilten Welt, in: Ders., Rapporte 2, a. a. O., S. 14-23. Die 10 Arbeitspunkte erschienen auf Schwedisch und Deutsch in Dagens Nyheter (1. 9. 1965) und Neues Deutschland (2. 9. 1965).

18 Es ist dies die gleiche Grundhaltung, mit der später das Roman-Ich der Ästhetik des Widerstands sich der kommunistischen Partei anschließen wird: »Mitgliedschaft Prinzip-erklärung – ideologische Zugehörigkeit – Abwesenheit von Zwang u. Dogma-

Veränderung und Weiterentwicklung« als unabdingbare Bestandteile des Sozialismus anerkannt werden.<sup>18</sup> Dass es in der DDR, der von ihm gewählten Seite des geteilten Deutschlands, um diese Voraussetzung schlecht bestellt war, wurde ihm schon bald vor Augen geführt, als er nach dem 11. Plenum der SED im Dezember 1965 eine öffentliche Solidaritätserklärung für Wolf Biermann abgab.<sup>19</sup>

Nach seiner politischen Seitenwahl ist er einem »Kreuzfeuer« von allen Richtungen her ausgesetzt. »Als zwei Pole dieser Angriffe«, die innerhalb der westlichen Länder auf ihn zukommen, erklärt er, »können symptomatische Namen wie Grass und Marcuse gestellt werden.«<sup>20</sup> Diese Kritik war zu verschmerzen. Doch eine andere traf ihn tiefer, weil unerwartet und unvorbereitet. Heiner Müller berichtet von einem Streit mit Weiss nach der DDR-Premiere von *Viet Nam Diskurs* am Berliner Ensemble. Das Treffen in einer Berliner Wohnung, an dem auch Wolf Biermann teilnahm, »hatte für uns Eingeborene des Sozialismus einen Hauch von Konspiration, was Peter Weiss, der sich mit gutem Gewissen auf der richtigen Seite der Weltbarrikade fand, deutlich nicht verstehen konnte«. Das Gespräch ging schnell in einen Streit über, der Aufschluss gab »über die Verschiedenheit der linken Erfahrungen in den Ländern des Westens und der unsern hier, wo die Linke Staat geworden war und Uniform trug«. Streitpunkt war »die Leichtigkeit, mit der man im Herzen der Bestie den Imperialismus und den Kolonialismus an den Pranger der Literatur stellen konnte, und die Obszönität der gleichen Anstrengung in unsern Ländern, wo ganze Bevölkerungen im Status von Kolonisierten gehalten wurden im Namen eines Programms, an dessen Realisierung wir zu arbeiten glaubten. Von Vietnam sprechen, heißt von Bautzen schweigen.« Der *westliche* Intellektuelle Weiss glaubte noch, in zwei Welten zu leben, der kapitalistischen und der sozialistischen. Doch letztere bezeichnet Müller als »imaginär«. Selbst bewohnte er, wie alle *östlichen* Intellektuellen, »eine Dritte Welt, in der das kleinste Kollektiv der Schizophrene war«.<sup>21</sup>

### *Politische Stellungnahme als persönliche Haltung*

Weiss wollte mit seiner politischen Stellungnahme den toten und den lebenden Opfern seine Stimme leihen. Doch darf dies nicht als eine Stellvertreterrolle verstanden werden. Er sah sich nicht, wie es Enzensberger mit mitleidigem Verständnis ausdrückte, als »Wortführer der Armen Welt«.<sup>22</sup> Weiss nahm politisch Stellung als Autor und als Individuum. Seine Stellungnahme war Ausdruck eines persönlichen Bedürfnisses, sie war eine *persönliche Haltung*. Für ihn konnte nur eine solche Haltung zu widerstandsfähigem Verhalten führen, das seinerseits Voraussetzung ist für eine haltbare politische Solidarität.<sup>23</sup>

Er hatte lange geglaubt, schreibt Weiss in den *10 Arbeitspunkten*, dass ihm »die künstlerische Arbeit eine Unabhängigkeit verschaffen könnte, die mir die Welt öffnete. Heute aber sehe ich, dass eine solche Bindungslosigkeit der Kunst eine Vermessenheit ist (...). Jedes meiner in vermeintlicher Freiheit gewonnenen Arbeitsergebnisse hebt sich ab von der Notlage, die für den größten Teil der Welt noch gegeben ist. Ich sage deshalb: meine Arbeit kann erst fruchtbar werden, wenn sie in direkter Beziehung steht zu den Kräften, die für mich die positiven Kräfte dieser Welt bedeuten.«<sup>24</sup>

Trotz seiner bürgerlichen Herkunft charakterisierte er seine reale Biographie in einem bestimmten Sinne als »proletarisch«. In einem Brief an Klaus Scherpe schreibt er, dass er aufgrund seiner Erfahrungen von früh an den Begriff des Proletariats erweitert hatte. Er weist auf sein »Unbeheimatetsein« hin, auf »die ständige existentielle Unsicherheit, (...) das Außenseitertum des Emigranten, seine Unerwünschtheit in jedem Land«. Wichtig an dieser Selbstvergewisserung ist laut Scherpe nicht die Frage, ob Weiss einen richtigen oder falschen *Begriff* vom Proletariat hatte, auch geht es nicht um Selbstlegitimierung. Wichtig ist das Benennen eines historischen Zustands, einer Erfahrung.<sup>25</sup> Diese eigene »proletarische« Erfahrung des Nicht-Identischen, des Nicht-Geborgenseins, der Sprachlosigkeit, des Ausgeschlossenseins war für ihn die Grundlage für seine politische Standortbestimmung, d. h. für seine Zugehörigkeit zu diesem erweiterten globalen Proletariat und damit zu den »positiven Kräften dieser Welt«, die seine literarische Arbeit erst sinnvoll und fruchtbar machen würde.

Er hatte endlich seine Unzugehörigkeit überwunden. Glaubte er.

### Zusammenbruch

Fünf Jahre später notiert er in sein Tagebuch: »Es klang richtig, wenn ich von meiner Zusammengehörigkeit mit ihnen sprach, wenn ich darauf hinwies, dass ich sie verstand, dass ich seit jeher auf der Seite der Getretenen gewesen war (...). Es gab mir neuen Mut, neue Ausdauer, es gab mir Genugtuung in der Arbeit, da ich mir einbildete, nicht mehr nur für mich allein zu versuchen, aus dem Morast herauszukommen, aus dem Gestrüpp mir einen Weg zu bahnen, da ich meine eignen Mühen als Bestandteil größerer organisierter Bestrebungen sah, da ich nicht länger isoliert hinter der Schanze meines Schreibstischs lauerte und grübelte, sondern einem Internationalismus anzuhören meinte. Und doch war es dieser Umweg, auf dem ich zu den politischen Stellungnahmen gekommen war, der ein ständig nagendes schlechtes Gewissen zurückließ, eine Empfindung, dass meine Solidarität ungerechtfertigt sei, dass ich sie mir erschlichen, gestohlen hatte. (...) Eins sein mit dir selbst, im Vollbesitz deiner Fähigkeiten leben, Sicherheit verspüren, dich an einer Zugehörigkeit erfreuen, welche Illusion, welche Verstiegtheit, da du in der großen Zersplitterung und Brutalisierung, in dem ständigen Aufeinanderprallen von Feindseligkeiten, in der hektischen Spannung zwischen Katastrophen froh sein kannst, wenn es dir gelingt, einen Bruchteil deines Anliegens zur Sprache zu bringen, wenn du sogar zwischen den Phasen der Niedergänge, der Bewusstlosigkeit, ein paar Bücher, ein paar Stücke angefertigt hast. Für diese Halbheit, für das äußerst Geringe was ich erreicht hatte, wollte ich mich rechtfertigen, als ich mich in jener Nacht, Anfang Juni, wiederholt rufen hörte, ich habe das Richtige getan ...«.<sup>26</sup>

Am 6. Juni 1970 erlitt Peter Weiss einen Herzinfarkt, den er als eine politische Krankheit bezeichnete. Was war geschehn? Nach seinem Stück über Trotzki, »den Antichrist des Kommunismus«,<sup>27</sup> erreichte ihn der Schatten der Inquisition. *Trotzki im Exil*, das im Januar 1970 im Schauspielhaus Düsseldorf uraufgeführt wurde, war sein spezieller Beitrag zum Leninjahr 1970. Als ein Autor, »dessen gesamte Arbeit darauf abzielt, die Muster von Lüge, Ungerechtigkeit und Unter-

tismus – Linie Luxemburg-Gramsci – Voraussetzung: Aufklärung der histori. Fehler – die lebendige kritische Wissenschaft, Ablehnung jeglicher Illusionsbildungen, Idealismen, Mystifikationen«. Notizbücher 1971-1980. Zweiter Band, Frankfurt a. M. 1981, S. 608, Eintragung 1. 3. 1977.

19 Siehe Peter Weiss: Antwort auf einen Offenen Brief von Wilhelm Girnus an den Autor in der Zeitung »Neues Deutschland«, in: Rapporte 2, S. 24-34. Zum 11. Ple-num siehe z. B. Werner Mittenzwei: Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland von 1945 bis 2000, Leipzig 2001, S. 229 ff.

20 Er verdeutlicht: »Grass, aus seiner bürgerlich liberalen Sicht, verurteilte meinen sozialistischen Standpunkt, er, der Reformist, konnte mein Vorhaben nur verhöhnen als Hofnarrentum. Marcuse, seinerseits, seinen Rang als Oberpriester der Revolution schwindend sehend, beschimpfte mich von seiner Villa an der französischen Riviera aus, weil ich über Viet Nam schrieb, anstatt mit der Maschinenpistole in Indochina den Imperialismus zu bekämpfen.« Rekonvaleszenz, S. 77.

21 Heiner Müller: Erinnerung an Peter Weiss, in: Peter Weiss. Leben und Werk, S. 21 f.

22 Siehe Peter Weiss: Brief an Enzensberger, in: Rapporte 2, S. 35.

23 Vgl. Klaus R. Scherpe: Die Ästhetik des Widerstands. Peter Weiss' Traum von der Vernunft, in: Peter Weiss. Leben und Werk, S. 258.



24 10 Arbeitspunkte ..., S. 23.

25 Scherpe 1991, S. 252.

26 Rekonvaleszenz, Frankfurt a. M. 1991, S. 24 f. (Eintrag 16. 8. 1970).

27 Ebenda, S. 18.

28 Ebenda, S. 18 und Peter Weiss: Offener Brief an Lew Ginsburg, in: Rapporte 2, S. 15 (der Brief erschien gekürzt in Süddeutsche Zeitung, 18. 4. 1970).

29 Rekonvaleszenz, S. 32.

30 Notizbücher 1971-1980, Zweiter Band, S. 691 f.

31 Der damalige Parteivorsitzende Hermansson, der mit Weiss befreundet war, verurteilte den Artikel scharf. Siehe Werner Schmidt: C-H Hermansson – en politisk biografi, Stockholm 2005, S. 486 f.

32 Rekonvaleszenz, S. 31.

33 Rekonvaleszenz, S. 140.

34 Notizbücher 1971-1980, S. 25 (Eintrag 23. 11. 1971).

35 Ebenda, S. 24 ff.

drückung aufzuzeigen, und nach Mitteln zu suchen, sie zu beheben«, wollte er mit diesem Stück eine Debatte über ein Tabu entfachen.<sup>28</sup>

Die Schärfe und Unerbittlichkeit der Reaktion aus *seinem* Lager, vorgetragen in »der sturen Sprache des Antihumanismus«, <sup>29</sup> verletzte ihn tief. Das Signal zum Angriff gab die Zeitschrift des sowjetischen Schriftstellerverbands *Literaturnaja Gaseta* Ende März 1970. Die DDR verweigerte ihm die Einreise. Er wurde »in einem Holzverschlag in den untern Gelassen des Bahnhofs Friedrichstraße festgehalten. Nach stundenlangem Warten erfuhr ich, dass ich in der Deutschen Demokratischen Republik nicht erwünscht sei. (...) Ich wurde ausgewiesen, abgeführt, an den Kontrollschaltern vorbei, durch die Sperren, hinauf zum Bahnsteig«. Zwei Jahre lang war er *persona non grata* in der DDR.<sup>30</sup>

Ende Mai kam auch ein Echo aus der eigenen Partei. Die Zeitung der nordschwedischen Kommunisten *Norrskensflaman* veröffentlichte den Artikel eines Altstalinisten unter der Rubrik »Ein Wolf im Schafsfell«. Darin wurde Weiss als ein im Bürgertum verwurzelter »Glücksritter« in der kommunistischen Bewegung diffamiert und angedeutet, dass seine jüdische Abstammung ihn für Trotzki Partei ergreifen ließ. Ihm wurde nahe gelegt, die Partei zu verlassen.<sup>31</sup> Kurz danach erlitt Weiss den Herzinfarkt.

#### *Suche nach Wahrheit*

In sein Tagebuch *Rekonvaleszenz*, das er in den folgenden sechs Monaten führte, notierte er: Nach »der Absetzung meiner Stücke, dem Verbot meiner Bücher, meiner Ernennung zum Renegaten, zum Sowjetfeind«, füllte ihn Scham darüber, dass er »für die gleiche Ideologie eintrat, die auch jene für sich in Anspruch nahmen, die die historische Fälschung, das primitive Tabu, die Unterdrückung der Kritik, die Aufhebung der freien Meinungsäußerung für vereinbar halten mit dem dialektischen Materialismus«. <sup>32</sup> Ihn plagte immer und immer wieder diese Frage: »wie kannst du den Gedanken der Entwicklungsfähigkeit des Sozialismus vertreten, da Stagnation, Unterdrückung, Inhumanität in seinem Namen stattfinden, was hast du zur Verteidigung deines sozialistischen Bildes anzuführen, da dessen Wächter sich mit ihrer ganzen Gewalt gegen dich stellen, dich unmündig erklären, dich aburteilen, dich verbannen.«<sup>33</sup>

Weiss hat immer wieder den Dialog gesucht, vor allem mit der DDR. Ihm fehlten »die produktiven Beziehungen zur DDR« in seiner »Tätigkeit als Stückeschreiber«. Die Verurteilungen im Osten hatten eine Einseitigkeit hergestellt, die schwer erträglich war und ihn »politisch in ein Vakuum führte«. <sup>34</sup> Deshalb setzte er gewisse Hoffnungen auf die Aussprache mit Kurt Hager und Alexander Abusch, die auf Vermittlung Konrad Wolfs, des Präsidenten der Akademie der Künste der DDR, – nach einer erneuten Zurückweisung an der Grenze –, Ende November 1971 stattfand. Doch von Seiten der beiden führenden Kulturpolitiker der DDR gab es »nicht das geringste Entgegenkommen«, »keine Möglichkeit des Eindringens mit andern Argumenten«. <sup>35</sup>

Weiss spürte Zorn darüber, »dass sich die Fragen, die dich beschäftigen, nicht dort austragen lassen, wo sie hingehören, in Ost-Berlin, in Moskau, und dass du gezwungen bist, den Disput einseitig zu führen. Schweigen aber kannst du nicht. Gerade das Stillschweigen, das Ak-

zeptieren, der Verzicht auf das eigene Werturteil zugunsten der vorgehaltenen Richtschnur, die missverstandene Parteidisziplin hat den Sozialismus deformiert und untergraben.« Er, der westliche Intellektuelle, der gerade einen Herzinfarkt erlitten hatte, begann auch Heiner Müller zu verstehen, der auf die viel kompliziertere, »schizophrene« Lage der östlichen Intellektuellen hingewiesen hatte. »Die Gebrochenheit des Charakters, die Ich-Auflösung, die Zerteilung der Persönlichkeit«, schreibt er jetzt, »ist mir an Freunden in der DDR oder der Sowjetunion, immer wieder aufgefallen.« Doch spricht er sie keineswegs frei von persönlicher Schuld. Sie sind nicht nur Opfer »des Systems«, sie haben es vielmehr durch ihr Verhalten selber mitgeformt. Enttäuscht von der fehlenden Solidarität mit ihm, dem »in Ungnade gefallenen Freund«, schreibt er: »Tiefstes Schweigen von Seiten meiner Kollegen an der Ostberliner Akademie umging mich, da niemand wagte, meine Ernennung zum Klassenfeind zu überprüfen (...). Und so wie die Genossen ihren Freund verleugnen, so verleugnen sie sich selbst, sie werden zu Untertanen, zu Jasagern, und in ihrer einmütigen Menge verhindern sie – die für eine neue gerechte Gesellschaftsordnung eintreten sollten – jede Möglichkeit zur Herstellung einer sozialistischen Gemeinschaft.«<sup>36</sup>

Nachdem er »in den Bannkreis jenes Zwangs geraten (war), den die Angeklagten in den Moskauer und Prager Prozessen kennen gelernt hatten«<sup>37</sup>, und nach dem Tag »als der Endpunkt überdeutlich vor mir stand«, formuliert er für sich diese intellektuelle Maxime: »Das Wissen, dass jeder Tag der letzte sein kann, und dass der letzte Augenblick voller Versöhnung ist, begleitet mich seitdem, es entsteht daraus keine großartige Lebensphilosophie, es stellt sich dar als eine einfache, all-gemeingültige Tatsache, es stärkt mich darin, dass der Lüge, dem Betrug, der Fälschung einer Sache, der Unterdrückung des eigenen Wahrheitsbedürfnisses nie nachgegeben werden darf, und dass es keine Instanz gibt, die mich dazu zwingen könnte. Der einzige Maßstab, der Gültigkeit hat vor diesem entscheidenden Augenblick, ist das eigene Urteil, kann ich eintreten für das, was ich erreicht habe, bin ich selbst ganz darin enthalten.«<sup>38</sup>

Vielleicht, meint er resignativ, ist angesichts des der Führungsmächte in West und Ost, »für die Moral, Ethik, Ideologie nicht gilt«, der »Kampf um die Wahrheitsfindung der einzige revolutionäre Kampf, den wir noch führen können«.<sup>39</sup>

#### *Wahrheit in der »Epoche der Ambivalenzen«*

In seiner Vorlesung bei der Verleihung des Nobelpreises für Literatur »Kunst, Wahrheit & Politik« unterschied Harold Pinter zwischen zwei verschiedenen Verhaltensweisen gegenüber dem Wahrheitsbegriff. Für ihn als Autor, betonte er, gibt es bei der Erforschung der Wirklichkeit keine scharfen Grenzen zwischen wahr und unwahr: »Etwas ist nicht unbedingt entweder wahr oder unwahr; es kann beides sein, wahr und unwahr.« Aber als Bürger, hielt er dagegen, muss man immer die Frage stellen und sie zu beantworten suchen: Was ist wahr? Was ist unwahr?<sup>40</sup> Für Peter Weiss war es weitaus schwieriger, künstlerische und politische Wahrheitsbegriffe zu unterscheiden und das Spannungsverhältnis zwischen ihnen auszuhalten.

36 Rekonvaleszenz, S. 142.

37 Ebenda, S. 31.

38 Ebenda, S. 178 f.

39 Ebenda, S. 136.

40 <http://nobelprize.org/literature/laureates/2005/pinter-lecture-s.html>; deutsch: <http://linkszeitung.de/content/view/5295/47/>.

41 Peter Weiss: Laokoon oder Über die Grenzen der Sprache, in: Peter Weiss: In Gegensätzen denken, S. 224.

42 Notizbücher 1971-1980, Erster Band, S. 185 (Eintrag 23. 12. 1972).

43 Rekonvaleszenz, S. 169 f. und 178 f.

44 Rekonvaleszenz, S. 82.

45 Ebenda.

46 Notizbücher 1971-1980, Erster Band, S. 177 (Eintrag 28. 10. 1972).

47 Wolfgang Fritz Haug, Frigga Haug (Hrsg.): Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden, InkrIT 2002, S. 29. Peter Weiss folgend hebt Haug für das Hier und Heute hervor: »Die Bearbeitung der Widersprüche linken Politik-Machens scheint mir geboten, weil so die sonst spontan sich einstellenden Spaltungslinien und Fraktionierung nicht ohne weiteres zum Zug kommen. Stattdessen wird ihr sachlicher Grund selber zum Thema. (...) Das Feld linken Politik-Machens abschreitend werden wir überall auf solche Konflikte in der Sache selbst stoßen, zu denen sich linke Politik verhalten muss, will sie nicht von ihnen zerrissen werden.« S. 29 f.

48 Siehe z. B. Bernd Hüttner: Soziale und kulturelle Linke, in: Z. Nr. 64, Dezem-

In seiner Rede anlässlich der Entgegennahme des Lessing-Preises der Stadt Hamburg im April 1965 betonte Weiss, dass in seinem Schreiben, »jedes Wort, mit dem er eine Wahrheit gewinnt, aus Zweifeln und Widersprüchen hervorgegangen« ist.<sup>41</sup> Seine schriftstellerische Methode der Annäherung an die Wahrheit kann als antithetisch oder diskursiv bezeichnet werden. Diese Methode gilt für ihn aber auch beim Kampf um die Wahrheit in der politischen Wirklichkeit. Künstlerische und wirkliche politische Wahrheiten bilden für ihn eine Einheit, ja, sie bilden in ihrer Einheit sein »schöpferisches Leben überhaupt«.<sup>42</sup> Doch sein Versuch, diese Einheit zu leben, scheiterte an der Wirklichkeit.

Beim Stückeschreiben erhalten seine Zweifel, sein hin und her Geworfensein »eine feste Ebene, auf der sich unterschiedliche Ansichten, Behauptungen und Lösungsvorschläge gegeneinander ausspielen lassen«. Die Übertragung »dieser manchmal unerträglichen Zerreißprobe auf eine Vielzahl von Sprechern, die die für mich unlösbare Problematik in verteilten Rollen aufnehmen und prismatisch beleuchten, ist eine Therapie, mit der sich die Schwierigkeit, als Einzelner zu haltbaren Ergebnissen zu kommen, überwinden lässt«. In politischen Zusammenhängen aber wird von ihm gefordert, »Eindeutiges und Konkretes auszusagen«. Gewiss: er hält an seiner einmal getroffenen antikapitalistischen Grundentscheidung fest; er weiß, auf welcher Seite er steht. Auch ist das politische Ziel, eine sozialistische Gesellschaftsordnung, die seinen Grundwerten entspricht, bestimmt und von allen Zweifeln befreit, »doch die Bewegung auf dieses Ziel hin ist geprägt vom Dualismus«.<sup>43</sup>

Dennoch tritt ständig an ihn, den Intellektuellen und Mitglied der Linkspartei der Kommunisten, der Zwang heran, »sich aus taktischen Gründen zu vereinfachen, sein Wahrheitsbedürfnis einzuschränken, sich mit halben Wahrheiten, mit Fälschungen zu begnügen, sich aus traditionellen Gründen Parteidirektiven anzupassen und seine eigene Meinung zu zensurieren«.<sup>44</sup> Er weist diese Forderungen zurück und fordert seinerseits von der Partei – angesichts der offensichtlichen Perspektivlosigkeit ihres bisherigen Wirkens – eine Umwertung des Disziplinbegriffs und eine erneuerte Auffassung von Wahrheit, denn allzu deutlich »zeichnen sich vor unserm kritischen Blick die Mängel des Parteiinstruments ab, als dass wir uns noch auf die Disziplin berufen könnten, die von uns die loyale Befolgung der ausgegebenen Richtlinien verlangt.« Verbleiben wir dennoch in der Partei, fährt er fort, »weil wir in ihr die Grundlage zur notwendigen Massenorganisation sehn, so müssen wir damit eine Umwertung des Disziplinbegriffs verbinden, das heißt, wir haben die Forderung an die Partei zu stellen, dass sie einer erneuerten Auffassung von Wahrheit entspricht.«<sup>45</sup>

Seine Erfahrungen in der »Epoche der Ambivalenz u(nd) der Kontroversen« lässt ihn zu dem Schluss kommen, dass es unmöglich ist, »eine absolut richtige, zutreffende Ansicht zu haben«; man kommt »der Wahrheit am nächsten, wenn man den bestehenden Zwiespalt in die Analyse des Sachverhalts (einbezieht)«.<sup>46</sup> Wie W. F. Haug betont, ist dieser Zwiespalt, sind diese Widersprüche, nicht nur »draußen«, in der Gesellschaft. Sie müssen vielmehr als zerreißende Widersprüche linker Politik selbst verstanden werden.<sup>47</sup> Weiss machte schon früh auf einen solchen zerreißenden Widerspruch aufmerksam, dessen Nichtbeachtung oder Nichtbewältigung seine Partei zu politischer Sterilität verurteilen sollte. Seit Beginn der 1970er Jahre wies er auf die akute

Gefahr des Auseinanderdriftens der beiden Strömungen aufmerksam, die später als *soziale* und als *kulturelle* Linke bezeichnet wurden. Er beklagte das Unvermögen seiner Partei, unter Berücksichtigung der bestehenden widersprüchlichen Motive, Wertvorstellungen und Interessen, ihrer je spezifischen »Register« oder »Grammatiken«<sup>48</sup>, den beiden Bewegungen eine gemeinsame, einander befruchtende Richtung zu geben<sup>49</sup>. Im Versagen vor dieser entscheidenden Aufgabe beweist sich laut Weiss der atavistische Charakter der Partei und ihrer monolithischen Grundhaltung.<sup>50</sup>

#### *Starr vor Schrecken mussten wir unsre Wahl treffen*

Während seiner Arbeit am schwierigen Abschluss der *Ästhetik des Widerstands*, als er die Hinrichtung der antifaschistischen Widerstandskämpfer beschreiben muss, wird er an seine Arbeit am Auschwitz-Stück *Die Ermittlung* erinnert. Doch jetzt ist alles noch schlimmer, »meine eigne Lebenssituation mit hineinreissend, mich selber wieder ganz entwurzelnd, unzugehörig machend. Manchmal scheint es unmöglich, weiter leben zu können.«<sup>51</sup>

Damals, vor fünfzehn Jahren, hatte er noch eine realistische Alternative zum Kapitalismus gesehen, die seinen humanistischen Vorstellungen entsprechen könnte. Als er jetzt das Roman-Ich der *Ästhetik* 1945 in die geteilte Nachkriegswelt schauen ließ, stand vor diesem eine andere Wahl als die, die er selbst in den *10 Arbeitspunkten* noch zu sehen glaubte: »Zwischen zwei Schrecklichkeiten«, lässt er das Roman-Ich in seinen Notizbüchern sagen, »zogen wir die eine vor, die vielleicht noch einen Ausweg, eine Möglichkeit zur Verbesserung enthielt. Starr vor Schrecken mussten wir unsre Wahl treffen.«<sup>52</sup>

Rückblickend gab Weiss kurz vor seinem Tod der schwachen Hoffnung Ausdruck, dass sich später einmal die wahre Vernunft zeigen werde, doch das nüchterne Resümee lautet anders: »Aus all den blutigen Erfahrungen der letzten Jahre hat nicht die *Arbeit* gelernt sondern das *Kapital*. Das Kapital hat einen neuen Höhepunkt seiner Macht erreicht und es auch, wie nie zuvor, verstanden, diese Position zu verschleiern.«<sup>53</sup> Die Zeit des Neoliberalismus war angebrochen.

Nach seinem Herzinfarkt im Juni 1970 begann er mit dem Stück *Hölderlin*. Anatoli Lunatscharski zitierend notierte er: »Hölderlins Krankheit ist eine soziale Erscheinung. Sein Organismus reagiert auf die Dissonanzen der Epoche.«<sup>54</sup> Mit *Hölderlin* schuf er eine Gestalt, die eine Problematik ausdrückt, die für ihn selbst aktuell war. Er wollte »etwas schildern von dem Konflikt, der in einem entsteht, der bis zum Wahnsinn an den Ungerechtigkeiten, den Erniedrigungen in seiner Umwelt leidet (...), und doch nicht die Praxis findet, mit der dem Elend abzuhelpen ist, der zerrieben wird zwischen seiner poetischen Vision und einer Wirklichkeit von Klassentrennung, Staatsmacht, Militärgewalt (...). Er geht nicht zugrunde, weil er sich in ein geschlossenes privates Reservat zurückziehn will, sondern weil er versucht, seinen Traum mit der äußeren Realität zu verbinden, er geht zugrunde, weil eine solche Einheit noch nicht möglich ist, jedenfalls nicht zu seinen Lebzeiten, und vielleicht zu meinen auch nicht.«<sup>55</sup>

Peter Weiss starb entkräftet am 10. Mai 1982 in Stockholm, ein halbes Jahr nach Erscheinen des dritten und letzten Bandes der *Ästhetik des Widerstands*.

ber 2005; Luc Boltanski, Eve Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz 2003.

49 Allzu oft, beklagt er, ist »die neue linke Generation« von den alten Kommunisten »vor den Kopf gestoßen worden«, habe »allzu viel sture Ablehnung« zu hören bekommen, Ausschlag »von kleinbürgerlicher Obstinateit gegen neue Lebensformen, Gebräuche, Interessen«. Es machte sich »ein Atavismus breit zwischen den Wortführern der praktischen Handlungen, und alles saß fest in uralten anti-intellektuellen Vorurteilen« *Rekonvaleszenz*, S. 52 f./72.

50 In diesem Zusammenhang ringt er sich auch zur Einsicht durch, dass es »in unsern Ländern die bestimmte Klasse, die sich Proletariat nennen ließe, nicht mehr (gibt), hier bestehn nur die großen Blockbildungen von Menschen, die miteinander durch die gleichen Interessen, die gleichen Wünsche, den gleichen Überdruß verbunden sind (wie von Gramsci definiert)«. *Notizbücher 1971-1980*, Zweiter Band, S. 749 (Eintrag 14.-15. 10. 1978).

51 *Notizbücher 1971-1980*, Zweiter Band, S. 876 (Eintrag 22. 2. 1980).

52 Ebenda, S. 723 (Eintrag 10. 7. 1978).

53 Unveröffentlichtes Notizbuch 48, 26. Juni 1981-Mai 1982, zit. in: Haiduk 1991, S. 191.

54 *Notizbücher 1971-1980*, Zweiter Band, S. 861 (Eintrag 6. 11. 1979).

55 *Rekonvaleszenz*, S. 173 und 105.

## WOLFRAM ADOLPHI

# Kaderpartei.

## Skizze für ein HKWM-Stichwort

Die Frage nach der Kaderpartei – genauer: nach der revolutionären, sozialistischen oder kommunistischen Kaderpartei – ist *erstens* die Frage nach der revolutionären Partei zunächst im Kapitalismus und dann beim ›Aufbau‹ einer sozialistischen Gesellschaftsordnung überhaupt. Wie soll sich eine Partei, die »extrem fortschrittlich« ist und »die Zukunftsorganisation (der Gesellschaft) als wesentlich verschieden von der heutigen« denkt,<sup>1</sup> zunächst in der kapitalistischen Gesellschaft, dann zur und in der Revolution und schließlich nach dem Sieg der Revolution verhalten? So sicher es ist, dass sich der Entwicklungspfad im Sinne einer Kaderpartei – jedenfalls in Europa – durch den Stalinismus und das Scheitern des Realsozialismus historisch delegitimiert hat, so sicher ist doch zugleich, dass dauerhaft erfolgreiche Alternativen noch nicht gefunden sind. Noch immer liegt der Weg zwischen der »Scylla der den Gegner begünstigenden Organisationslosigkeit der Massen« auf der einen Seite und der »Charybdis« des »politisch notwendige(n) Prinzip(s) der Organisation«, dem unvermeidlich die »Tendenz zur Oligarchie« innewohnt, auf der anderen<sup>2</sup> im Ungewissen – jedenfalls für eine Partei, die das herrschende System überwinden will.

Und die Frage nach der Kaderpartei ist *zweitens* die nach der Klassenstruktur im Staatssozialismus. Die von Milovan Djilas 1957 aufgeworfene Frage, wer die Revolution von 1917 denn brauchte, da doch »die Vorbedingungen für die Errichtung einer neuen Gesellschaft nicht stark genug ausgeprägt waren«, und sein Befund, dass dies nicht wirklich die Arbeiterklasse oder Bauernschaft gewesen sei, sondern eine »neue Klasse«, gebildet durch die »politische Bürokratie« und im Keim bereits angelegt in der »Partei bolschewistischen Musters«, genauer: »in der Schicht der Berufsrevolutionäre, die ihren Kern bildeten, bevor sie zur Macht gelangte«<sup>3</sup>, umreißt das Problem der Kaderparteien in seiner gesamten revolutionstheoretischen und revolutionspraktischen Dimension: Parteien, die von sich behaupteten, tief in der Arbeiterklasse und in den Massen verwurzelt zu sein – Stalin prägte 1937 das Bild von den dem mythischen Helden Antäus gleichenden Bolschewiki, die wie er ihre »Unbesiegbarkeit« aus der »Verbindung mit ihrer Mutter« gewannen, »mit den Massen (...), die sie erzeugt, genährt und erzogen haben«<sup>4</sup> –, etablierten sich zu Kaderparteien: einer Funktionärskaste, der die Arbeiter (wie alle anderen Gesellschaftsmitglieder) mehr und mehr zum Material, zur Unterlage ihrer eigenen Ziele und Absichten wurden und die unter verschleiern den Begriffen wie ›Arbeiter- und Bau-

Wolfram Adolphi – Jg. 1951, Dr. sc. phil., Dipl.-Staatswissenschaftler, wiss. Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Roland Claus (Fraktion DIE LINKE.) und Redakteur bei UTOPIE kreativ; in der Zeitschrift zuletzt: »Des jungen Leutnants Deutschland-Tagebuch«, Heft 175 (Mai 2005) und »PDS. Partei des Demokratischen Sozialismus. Skizzen zu ihrer Geschichte«, Heft 172 (Februar 2005).

Der vorliegende Text entstand als Entwurf des Eintrags zum Stichwort »Kaderpartei« im Band 7 des »Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus« (HKWM), der voraussichtlich Ende 2007 im Argument Verlag erscheinen wird. Er ist mit dem (kürzeren) Eintrag im HKWM nicht identisch.

ernmacht« oder »Errichtung der klassenlosen Gesellschaft« die unumschränkte Diktatur eines kleinen Machtzirkels sicherte.

## I

Der Begriff der Kaderpartei ist in der Parteiengeschichte und Parteientheorie keineswegs so eindeutig verwendet, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Die Kaderparteien selbst bezeichneten sich trotz der bei ihnen seit den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts alltäglichen Verwendung des »Kader«-Begriffes niemals als solche, und auch in der kritischen Analyse von außen ist erst spät und nur sporadisch von Kaderparteien die Rede. Eine frühe Definition findet sich bei Philip Selznick 1952, der in einer Untersuchung der Bolschewiki, die er eigentlich als »Kampfpartei« (combat party) charakterisiert, auch von der Kaderpartei (cadre party) spricht und diese als eine »äußerst manipulierbare Kernorganisation von ausgebildeten Aktivisten« bezeichnet, die »durch den politischen Kampf zusammengehalten wird und mit der Massenbewegung dadurch verbunden ist, dass ihre Mitglieder zu Führern größerer Gruppen der Gesellschaft werden.«<sup>5</sup> Mitgliedschaft in der Kaderpartei bedeute »nicht Wahrnehmung einer politischen Rolle im herkömmlichen Sinn, sondern die Festlegung und Formung des gesamten Lebens eines Individuums – einschließlich seiner politischen Aktivitäten.«<sup>6</sup> Begriff und Ansatz sind in späteren umfassenden Untersuchungen zur Theorie, Soziologie und Typologie von Parteien wie den von Kurt Lenk und Franz Neumann 1968 oder Gilbert Ziebura 1969 herausgegebenen<sup>7</sup> jedoch nicht aufgegriffen worden, und bei Klaus v. Beyme 2000 findet sich die Kaderpartei mit der »Honoratiorenpartei«, von der u. a. bei Max Weber 1919 die Rede ist,<sup>8</sup> in eins gesetzt, wodurch eine gänzlich andere Bedeutung entsteht. Kaderpartei in diesem Sinne wäre eine »in den Parlamenten entstandene« Partei und als solche der »Massenpartei« gegenübergestellt.<sup>9</sup> Erst in jüngeren Untersuchungen wird der Kaderpartei-Begriff bei der Analyse von kommunistischen oder staatssozialistischen Herrschaftsparteien konsistent verwendet.<sup>10</sup>

Im Alltagsgebrauch steht der Begriff »Kaderpartei« meist als Synonym für die Herrschaftspartei im Staatssozialismus schlechthin, für »Partei neuen Typus«, »bolschewistische Partei«, »Avantgardepartei«, »Elitepartei«. Für den theoretischen Zugang sind die Überlegungen von Sigmund Neumann 1932 zur »absolutistischen Integrationspartei«, die er nach dem 2. Weltkrieg um den Begriff der »totalitären Integrationspartei« erweiterte, von Bedeutung. Als typisch für solch eine Partei beschreibt er »eindeutige personelle Führung, hierarchische(n) Aufbau, straffe Durchorganisierung in mehr-minder militärischen Formationen mit der Tendenz zur Exklusivität und zur ausschließlichen Rekrutierung aus eigenen Reihen, aus den Jugendorganisationen der Partei (...), die als unumgehbare Vorbereitungszeit für die kommenden Ordensbrüder fungieren.«<sup>11</sup> Kurt Lenk und Franz Neumann warnen indes nachdrücklich davor, mit diesem Begriff gleichermaßen »die nationalsozialistische Führerpartei« und »die bolschewistische Partei in Sowjetrußland« erfassen zu wollen – auch wenn insbesondere für die Herrschaftszeit Stalins »ähnliche Gewaltanwendung, Liquidation innerparteilicher Gegner und Verhin-

1 Dies ist eine Aussage über die SPD aus dem Jahre 1912. – Hermann Rehm: Deutschlands politische Parteien, Jena 1912, S. 69 f.

2 Robert Michels: Formale Demokratie und oligarchische Wirklichkeit, in: Monatshefte für Soziologie, Leipzig 1909, hier zitiert nach: Kurt Lenk, Franz Neumann (Hrsg.): Theorie und Soziologie der politischen Parteien, Neuwied a. Rh. u. Berlin (West) 1968, S. 245.

3 Milovan Djilas: Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems, (1957) Wien-München 1976, S. 29 u. S. 45.

4 J. W. Stalin: Über die Mängel der Parteiarbeit, (1937) in: ders.: Werke, Bd. 14, S. 157.

5 Philip Selznick: The Organizational Weapon. A Study of Bolshevik Strategy and Tactics (Die Organisation als Waffe. Eine Studie zur bolschewistischen Strategie und Taktik), (RAND Corporation 1952) Glencoe/Illinois 1960, S. 18.

6 Ebenda, S. 28. – Vgl. auch: Frank Ettrich: Differenzierung und Eliten im Staatssozialismus, in: Historical Social Research, Vol. 28, 2003, No. 1/2, S. 39.

7 Kurt Lenk, Franz Neumann (Hrsg.) a. a. O.; Gilbert Ziebura (Hrsg.): Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre. Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien, Darmstadt 1969.

8 Max Weber: Politik als Beruf, (1919) in: Gesammelte politische Schriften, Tübingen 1958, S. 520.

9 Klaus v. Beyme: Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Wiesbaden 2000, S. 24.

10 Vgl. Frank Ettrich: Differenzierung und Eliten im Staatssozialismus, a. a. O.; und Till Kössler: Kaderpartei oder Milieupartei? Die KPD in Westdeutschland 1945 bis 1960, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2004, Berlin 2004, S. 131-155.

11 Sigmund Neumann: Die politischen Parteien in Deutschland, Berlin 1932; Neudruck: Die Parteien der Weimarer Republik, Stuttgart 1965, S. 107; hier zitiert nach: Kurt Lenk, Franz Neumann (Hrsg.) a. a. O., S. LXIX f.

12 Kurt Lenk und Franz Neumann im Vorwort zu ihrem Band »Theorie und Soziologie der politischen Parteien«, a. a. O., S. LXX f.

13 Ebenda, S. XIX.

14 Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, (1848) in: dies.: Werke (MEW), Bd. 4, S. 474.

15 Ebenda.

16 Karl Marx, Friedrich Engels: Zirkularbrief an Bebel, Liebknecht, Bracke u. a., 17./18. September 1876, in: MEW, Bd. 19, S. 165.

17 Friedrich Engels: Antwort an die Redaktion der »Sächsischen Arbeiterzeitung« [1891], in: MEW, Bd. 22, S. 70.

18 Derselbe: An den Studentenkongress in Genf, 19. Dezember 1893, in: MEW, Bd. 22, S. 415.

derung jeglicher Opposition« prägend gewesen seien. Die »gesellschaftliche Funktion« der beiden Parteien könne nicht gleichgesetzt werden, »Kommunisten und Faschisten forderten, formten und stabilisierten Gesellschaftssysteme, die sich diametral gegenüberstanden«.<sup>12</sup>

Im Ganzen gilt für die Analyse der Kaderparteien, was Kurt Lenk und Franz Neumann als Gefahr bei der Festlegung auf bestimmte Parteitypen überhaupt beschreiben: dass es leicht zu einer »ahistorischen und undifferenzierten Darstellung« kommen kann, hinter der »die historische Vielfalt der politischen Parteien, ihre Strukturen, ihre Ideologien und Programme, ihre Funktion in Gesellschaft und Staat« verschwinden.<sup>13</sup>

## II

Die Entwicklung einer revolutionären Partei zur Kaderpartei widerspricht dem Verständnis von Karl Marx und Friedrich Engels hinsichtlich der Rolle der Kommunisten. Diese seien – so heißt es im Kommunistischen Manifest – »praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeitparteien aller Länder«,<sup>14</sup> ohne eine *eigenständige* Partei zu bilden. Allerdings scheint schon hier auch ein Elite-Gedanke auf, der in den späteren Kaderparteien wiederkehrt: Die Kommunisten hätten »theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus«.<sup>15</sup> Als die Fragen nach der Qualität, der Struktur und den Funktionären der neuen Partei herandrängen, stellen Marx und Engels klare ideologische Forderungen: sie dürften »keine Reste von bürgerlichen, kleinbürgerlichen etc. Vorurteilen mitbringen« und müssten »sich die proletarische Anschauungsweise unumwunden aneignen«.<sup>16</sup> Schon da ist deutlich, dass sich die Partei nicht »rein« aus der Arbeiterklasse rekrutieren wird, sondern Zustrom von außen braucht – und erhält. In den Folgejahren werden die Anforderungen an die »Kader« – ohne sie schon so zu nennen – durch Engels präzisiert: »Vertrautheit mit den Bedingungen des Parteidampfes und Eingewöhnung in seine Formen, erprobte persönliche Zuverlässigkeit und Charaktertüchtigkeit und schließlich willige Einordnung in die Reihen der Kämpfenden«.<sup>17</sup> Und er merkt an, dass, weil es bei der »Befreiung der Arbeiterklasse« darum geht, »die Leitung nicht nur der politischen Maschinerie, sondern ebenso der gesamten gesellschaftlichen Produktion in die Hand zu nehmen«, diese Befreiung nicht nur Politiker, sondern »darüber hinaus Ärzte, Ingenieure, Chemiker, Agronomen und andere Spezialisten« benötigt.<sup>18</sup>

Von einer Zwangsläufigkeit der Entwicklung hin zur späteren Kaderpartei kann hier noch nicht die Rede sein. Allerdings sollte, bevor der Bogen direkt zu Lenin gespannt wird, noch einmal Robert Michels zur Kenntnis genommen werden, der 1909 bei seinen Überlegungen über die Tendenzen zur Oligarchie keineswegs die russische Partei, sondern die SPD im Auge hat, wenn er feststellt, dass »die technische Spezialisierung« die »notwendige Folge jeder ausgedehnten Organisation« sei und »der Anfang der Bildung eines berufsmäßigen Führertums (...) den Anfang vom Ende der Demokratie« bedeute. Der »Parteiapparat« mit seiner »Möglichkeit Karriere

zu machen« leite »die Umwandlung einer Reihe mehr oder weniger begabter Proletarier in (...) emporgehobene Beamte« ein, wodurch »ein wahrer Klassenunterschied zwischen den exproletarischen Führern und den proletarischen Geführten« entstehe. Dies alles aber geschehe mit Unumgänglichkeit, denn die »moderne politische Partei« sei »auch eine Kampforganisation«, und die »noch jungfräulich unbeholfene Arbeiterbewegung« bedürfe des »Zentralismus«, weil dies »die einzige Methode« sei, »sich bei den bürgerlichen Parteien Macht und Ansehen zu sichern«. <sup>19</sup>

### III

Als Lenin an den Aufbau einer revolutionären Partei geht, geht es nicht um »Macht und Ansehen« in einem demokratischen Parteiensystem, sondern um das Agieren unter ständiger tödlicher Bedrohung. Mit der Aufgabe konfrontiert, die als »unendlich mannigfaltig« sich erweisenden »Funktionen der revolutionären Arbeit« zu erfüllen und zugleich die Arbeit »vor dem Auffliegen« zu bewahren, <sup>20</sup> entwickelt er das Konzept einer Partei der Berufsrevolutionäre – mithin einer Kaderpartei. Es müssten »Leute ausgebildet werden, die der Revolution nicht nur ihre freien Abende, sondern ihr ganzes Leben widmen« <sup>21</sup> und sich »berufsmäßig mit revolutionärer Tätigkeit befassen« <sup>22</sup>. Dabei ist er sich der Gefahr der Selbstisolierung einer solchen Partei bewusst, wenn er fordert, dass »die Konzentrierung aller konspirativen Funktionen in den Händen einer möglichst geringen Zahl von Berufsrevolutionären (...) keineswegs« bedeute, »daß die Berufsrevolutionäre »für alle denken werden«, daß die Menge keinen tätigen Anteil an der *Bewegung* nehmen wird.« Im Gegenteil, die Menge werde »diese Berufsrevolutionäre in immer größerer Anzahl hervorbringen«. <sup>23</sup>

Eines der wesentlichen Merkmale der Entwicklung der Kaderpartei stalinistischen Typs besteht darin, dass diese Auffassungen Lenins unter Umgehung seiner eigenen Korrekturen hinsichtlich der Selbstorganisation der Arbeiter als Bestandteil der Partei <sup>24</sup> zu einer linearen Ausführung eines Leninschen »Plans« stilisiert werden. »Was die Struktur und Zusammensetzung der Partei (...) betrifft«, heißt es 1938 im »Kurzen Lehrgang« zur Geschichte der KPdSU, »so war Lenin der Auffassung, dass die Partei aus zwei Teilen bestehen muss: a) aus einem engen Kreise ständiger leitender Kaderarbeiter, dem hauptsächlich Berufsrevolutionäre angehören sollen, (...) und b) aus einem weit verzweigten Netz von Peripherie-Parteiorganisationen, aus einer zahlreichen Masse von Parteimitgliedern, die von der Sympathie Hunderttausender von Werktätigen umgeben sind und von ihnen unterstützt werden«. <sup>25</sup> Die Leninsche »Iskra« gilt in der offiziellen Geschichtsschreibung als Organisationszentrum, um das sich »die führenden Parteikader, Berufsrevolutionäre (und fortschrittliche Arbeiter« versammelten. <sup>26</sup>

Ausgeblendet bleibt bei diesem Vorgehen auch die Kritik von Rosa Luxemburg am Leninschen Konzept von 1901/02. Sie lehnt jede »mechanische Unterordnung der Parteikämpfer unter ihre Zentralgewalt« ab und fordert, dass »zwischen dem bereits in feste Partei-Kader organisierten Kern des Proletariats und der vom Klassenkampf bereits ergriffenen, im Prozess der Klassenaufklärung be-

19 Robert Michels a. a. O., S. 245 ff.

20 W. I. Lenin: Der »Kampfbund« an die Petersburger Arbeiter und Sozialisten, (1895) in: ders.: Werke (LW), Bd. 2, S. 353.

21 Derselbe: Die dringendsten Aufgaben unserer Bewegung, (1900) in: LW, Bd. 4, S. 370.

22 Derselbe: Was tun? (1901/02) in: LW, Bd. 5, S. 481.

23 Ebenda, S. 482.

24 Vgl. Derselbe: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, (1904) in: LW, Bd. 7, S. 197 ff. u. 257 ff., dann auch (1905/06) in: LW, Bd. 10, S. 16 u. (1907) in: LW, Bd. 13, S. 97; siehe dazu auch den Eintrag zum Stichwort »Berufsrevolutionär« von Werner Mackenbach in: HKWM Bd. 2, S. 166-169.

25 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang, (1938) Berlin 1946, S. 40 (im Folgenden: Kurzer Lehrgang).

26 W. I. Lenin. Biographie, (1961) Berlin (DDR) 1976, S. 123.



27 Rosa Luxemburg: Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, (1904) in: dies.: Gesamtelte Werke (GW), Bd. 1, 2. Halbband, S. 429.

28 Dieselbe: Die russische Revolution, (1918) in: GW, Bd. 4, S. 362.

29 Ebenda.

30 Peter Nettl: Rosa Luxemburg, Köln-Berlin (West) 1967, S. 263.

31 Ebenda, S. 264.

findlichen umliegenden Schicht nie eine absolute Scheidewand aufgerichtet werden« dürfe. Die sozialdemokratische Partei dürfe nicht als »mit der Organisation der Arbeiterklasse *verbunden*« betrachtet werden, sondern sie sei »*die eigene Bewegung* der Arbeiterklasse«. <sup>27</sup> Indem sie den sozialdemokratischen Zentralismus als die »gebieterische Zusammenfassung des Willens der aufgeklärten und kämpfenden Vorhut der Arbeiterschaft ihren einzelnen Gruppen und Individuen gegenüber« postuliert, bleibt indes auch hier der ›Vorhut‹-, der ›Auslese‹-Begriff in all seiner Ambivalenz erhalten. Als sie sich jedoch mit der Oktoberrevolution auseinandersetzt, kommt sie zu einem Schluss, der den Befund von Milovan Djilas 1957 vorwegnimmt: »Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Press- und Versammlungsfreiheit erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution (...), einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgebeten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobiner-Herrschaft (...) Ja noch weiter: solche Zustände müssen eine Verwilderung des öffentlichen Lebens zeitigen: Attentate, Geislerschießungen usw.« <sup>28</sup> Und dann scheint das Diktum von Robert Michels 1909 wieder auf: »Das ist ein übermächtiges objektives Gesetz, dem sich keine Partei zu entziehen vermag.« <sup>29</sup>

Was das Wirken von Rosa Luxemburg in der Sozialdemokratie selbst betrifft, hat Peter Nettl im Kontrast zum ›Elite‹-Begriff – »eine Elite herrscht« – den der *peer group* herausgearbeitet, womit eine »Bindung« bezeichnet sei, »die nicht auf gemeinsamer Herkunft und organisatorischem Zusammenschluss« beruhe, sondern auf »der Zusammenarbeit von Generationsgenossen, die sich untereinander in exzeptionellem Maße als Gleiche fühlen«. <sup>30</sup> Allerdings bleibt auch eine *peer group* für die Erlangung von Wirkungsmächtigkeit auf Hierarchien angewiesen, auf Strukturen einer Kaderpartei. Sie braucht »unter« sich »eine Gruppe minder privilegierter Aktivisten«, deren Aufgabe es ist, »Geld zu sammeln, Literatur zu vertreiben und allgemein der Führung zu Diensten zu stehen – ohne äußeren Glanz«. <sup>31</sup>

Nach der Oktoberrevolution, in der Zeit des Bürgerkriegs und der Interventionskriege, entsteht eine neue Dimension des Wirkens der Kaderpartei: Indem die Bolschewiki ein Ein-Parteien-System errichten, vermischen sie Kaderpartei und Staat, und der Kreis derer, auf die das Anforderungsbild der Parteiführung an die ›Kader‹ Anwendung findet, wird auf Funktionäre aller Ebenen in Staat, Armee, Partisanenverbänden, Wirtschaft, Landwirtschaft, Kultur, gesellschaftlichem Leben erweitert. Dabei kommt es zu tiefen Widersprüchen: Die für die Gestaltung der neuen Gesellschaftsordnung gebrauchten ›neuen Menschen‹ müssen erzogen und ausgebildet werden, und zwar – so Lenin – »nicht aus einem phantastischen und nicht aus einem von uns speziell geschaffenen Menschenmaterial, sondern aus

dem Material, das uns der Kapitalismus als Erbteil hinterlassen hat«. <sup>32</sup> Aber das als ›Erbteil‹ hinterlassene ›Menschenmaterial‹ erweist sich als sperrig, und außerdem wird die Schaffung einer neuen Ordnung unablässig von außen bedroht. Weil sich »der regierenden Partei Abenteurer und sonstige überaus schädliche Elemente anbiederten«, fordert Lenin eine »Reinigung der Partei«, »verbunden mit der unentwegten *Steigerung ihrer Anforderungen* hinsichtlich einer wirklich kommunistischen Arbeit«. <sup>33</sup> Damit gibt er *ideologischen* Maßstäben im Anforderungsbild an die Kaderpartei eine herausragende Bedeutung.

Was hier als ›Reinigung‹ beschrieben ist, hat noch nichts mit den massenhaften, millionenfachen Mord einschließenden ›Säuberungen‹ zu tun, mit denen später Stalin seine Alleinherrschaft sichert (im Russischen heißt es aber in beiden Fällen *Čistka*). Dennoch kommt es bereits unter Lenin zu einer Gleichzeitigkeit und Zusammenfassung von innerparteilicher ›Reinigung‹ und Krieg nicht nur gegen die ihrerseits Gewalt anwendende Konterrevolution, sondern auch – wie insbesondere die Niederschlagung des Kronstädter Aufstandes im März 1921 zeigt – gegen andere Sozialismus- und Kommunismusauffassungen.

#### IV

Für Stalin ist die kommunistische Partei ein »Schwertträgerorden« innerhalb des Sowjetstaates, der die Organe des letzteren lenkt und ihre Tätigkeit »beseelt«. <sup>34</sup> Er errichtet jene ›Scheidewand‹, vor der Rosa Luxemburg gewarnt hatte: Kommunisten seien »Menschen von besonderem Schlage«, bildeten »die Armee des Genossen Lenin«, und es gebe »nichts Höheres als die Ehre, dieser Armee anzugehören«. <sup>35</sup>

Unter Stalin entwickelt sich die Kaderpartei in der Sowjetunion in drei eng miteinander verwobenen Richtungen: a) die Mitglieder der Kaderpartei und die parteilosen Kader werden millionenfach Träger der Industrialisierung, der Kultur- und Bildungsrevolution, der militärischen Stärkung der Sowjetunion, verhelfen dem Land zu jener wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kraft, die es ihm im Zweiten Weltkrieg ermöglicht, der faschistischen Aggression zu widerstehen, 1945 zu den Siegermächten zu gehören und danach zur Weltmacht aufzusteigen; b) die Kaderpartei wird zum Instrument der Unterdrückung und Ausbeutung großer ›anderer‹ Bevölkerungssteile (z. B. Zwangskollektivierung; Vernichtung der ›Kulaken‹; Errichtung des GULag-Systems; ›Umsiedlung‹ von nationalen Minderheiten), sie wird zur von Djilas gemeinten, die unumschränkte Herrschaft ausübenden ›neuen Klasse‹; c) die Mitglieder der Kaderpartei werden selbst zur Verschiebemasse, sie werden zum willkürlich dem Auf- oder Abstieg (bis zur Ermordung) preisgegebenen ›Menschenmaterial‹. Victor Serge bilanziert 1947: Seit den dreißiger Jahren bildeten die Kader – Partei-Kader, Kader der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion, Intellektuelle sowie Kader der Armee und der Polizei – mit ihren Familien eine privilegierte Schicht, die 15 Prozent der Bevölkerung umfasste. Nur sie könne »sich satt essen und in einem richtigen Bett schlafen«. Dem stünden 15 Prozent der Erwachsenen, die in Konzentrations- und Arbeitslager verbracht wor-

32 W. I. Lenin: Der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus, (1920) in: LW, Bd. 31, S. 35.

33 Derselbe: Die große Initiative, (1919) in: LW, Bd. 29, S. 422 f.

34 J. W. Stalin: Über die politische Strategie und Taktik der russischen Kommunisten, (1921) in: ders.: Werke, Bd. 5, S. 61.

35 Kurzer Lehrgang, a. a. O., S. 325.

36 Victor Serge: Hat die UdSSR ein sozialistisches Regime? in: *Masses*, Juni 1947 (Nr. 9-10), hier nach: Derselbe: *Für eine Erneuerung des Sozialismus. Unbekannte Aufsätze*, Hamburg 1975, S. 19 f.

37 J. W. Stalin: Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU (B), 26. Januar 1934, in: *Werke* Bd. 13, S. 328 u. 332.

38 Victor Serge, a. a. O., S. 22.

39 Kurzer Lehrgang, a. a. O., S. 408.

den waren, sowie die übrige Bevölkerung, die ebenfalls in Not und Armut lebe, gegenüber.<sup>36</sup>

Mit der Entwicklung der Kaderpartei zur stalinistischen Kaderpartei wird der Kader-Begriff – in zwangsläufig enger Verquickung mit der ›führenden Rolle‹ der ›marxistisch-leninistischen‹ Partei – zum zentralen Terminus für die Träger der Leitungsstruktur in ausnahmslos allen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen. Alle Betriebe, Verwaltungen, Kultureinrichtungen usw. haben nun ›Kader-Programme. ›Staatssozialismus‹ und ›Parteisozialismus‹ gehen in eins.

In der inneren Entwicklung der Kaderpartei wird durch Stalin mit der Setzung unberechenbar wechselnder ideologischer Kriterien für ›Säuberungen‹ und mit der beständigen Heraufbeschwörung der Gefahr einer »Spaltung der Partei«, der zu begegnen die »Zentrale Kontrollkommission« geschaffen wurde,<sup>37</sup> ein Säuberungs-Terror kennzeichnend, der wesentliche Teile der Kaderpartei zerstört, andere deformiert und die Kaderpartei völlig dem Ausbau des Regimes der persönlichen Macht Stalins unterordnet. Mit der Ermordung der führenden Kader der Oktoberrevolution und der Kommunistischen Internationale (KI) wird 1936 ein Kreislauf in Bewegung gesetzt, bei dem auf allen Ebenen Kader andere Kader denunzieren, anklagen, verhören und der Ermordung oder Verschleppung in Straflager zuführen, um dann durch wieder andere Kader demselben tödlichen Prozess unterworfen zu werden. Die Kaderpartei fungiert als zentraler Bestandteil des Systems des Stalinismus: eines Systems, das den Beweis antritt, »dass die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln, die Kollektivierung und Planung zum unmenschlichsten Antisozialismus führen können (auch im ökonomischen Sinne des Wortes)«, wenn »die Einrichtung einer (terroristischen) Wirtschaftsmaschinerie, die über äußerste Macht verfügt«, zugelassen wird.<sup>38</sup> Stalin behält Recht: Auch in diesem mörderischen und selbstzerstörerischen Prozess »entscheiden die Kader alles«.<sup>39</sup> Die Kaderpartei wird zu einer Partei der Angst, sie bewirkt und reproduziert, indem sie die Menschen zu ›Kadern‹, zu Bestandteilen von Machtstrukturen deformiert, Entmenschung. Dabei zerstört sie – entgegen allem offiziellen Selbstbild – ihre Massenbasis vollständig, was sich zwar erst fünf Jahrzehnte später (1989/90), dann aber mit voller Wucht darin entlädt, dass die so lange als ›führende Kraft der kommunistischen Weltbewegung‹ und ›von Lenin geschaffene unbesiegbare Partei‹ apostrophierte KPdSU binnen weniger Monate wie ein Kartenhaus in sich zusammenfällt und Tausende Führer und Mitglieder der nun ehemaligen Kaderpartei unter Nutzung ihrer Privilegien und ihrer Verfügungsgewalt über das ›Volkseigentum‹ zu Eliten und Protagonisten einer ungehemmten Entwicklung des Kapitalismus werden.

Für die internationale kommunistische Bewegung entwickelt Georgi Dimitroff auf dem VII. Weltkongress der KI 1935 im Angesicht der tödlichen Bedrohung durch den Faschismus und der im antifaschistischen Kampf bereits erlittenen Erfahrungen in formaler Anknüpfung an Stalin, die aber wohl vor allem als Rückbesinnung auf Lenin *gegen* Stalin gelesen werden muss, für die »Auslese der Kader« folgende »grundlegende Kriterien«: 1. »vollkommene Hingabe

an die Sache der Arbeiterklasse, *Parteitreue*, erprobt in Kämpfen, in Gefängnissen, vor Gericht, vor dem Klassenfeind«; 2. »engste Führung mit den Massen«; 3. »die Fähigkeit, sich selbständig in jeder Situation zu orientieren, und nicht die Verantwortung für gefasste Beschlüsse zu scheuen«; 4. »Disziplin und bolschewistische Stählung sowohl im Kampfe gegen den Klassenfeind als auch in unversöhnlicher Haltung gegenüber allen Abweichungen von der Linie des Bolschewismus«.40 Für die »richtige Kaderarbeit« müssten als Grundsätze gelten: »richtige Beförderung«, »geschickte Verwendung« und »richtige Verteilung« der Kader, »systematische Hilfe« für die Kader sowie »Sorge um ihre Erhaltung«.41

Im Ergebnis des herausragenden Anteils der Sowjetunion am Sieg der Anti-Hitler-Koalition über den deutschen Faschismus und den japanischen Militarismus im 2. Weltkrieg ist die Sowjetunion 1945 in die Lage versetzt, ihr Modell der Kaderpartei und des mit ihr verbundenen Staats- und Parteisozialismus nach Osteuropa und Ostasien zu exportieren.

## V

Die ›Geheimrede‹ von Nikita Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 »Über den Personenkult und seine Folgen« markiert eine Abkehr vom durch Stalin geübten »Massenterror gegen Kader der Partei und des Sowjetstaates, gegen einfache Sowjetbürger«,42 aber sie ist keine Absage an die Idee und Praxis der Kaderpartei und ihrer Alleinherrschaft insgesamt. Der »erbitterte ideologische Kampf gegen die Trotzlisten, Sinowjewleute, Bucharinleute«, gegen »die Rechtsabweichler, die bürgerlichen Nationalisten« und »alle Feinde des Lenismus« wird noch einmal positiv bilanziert. In seinem Verlauf habe sich die Partei »noch mehr gekräftigt und gestählt«, und Stalin habe in diesem *ideologischen* Kampf »eine positive Rolle« gespielt.43 Eine organische Verbindung zwischen der bolschewistischen Politik Lenins und dem Terror Stalins wird nicht gesehen. Der Partei, die im Wesen unverändert Kaderpartei bleibt, wird die Aufgabe gestellt, »auf bolschewistische Art den Personenkult zu verurteilen und auszurotten«, die »entscheidende Rolle der marxistischen Partei im revolutionären Kampf um die Veränderung der Gesellschaft« zu festigen und »die Leninschen Prinzipien der Führung der Partei« durchzusetzen.44 An eine ›Stalinismus‹-Analyse ist nicht zu denken. So werden zwar einerseits vielerorts im ›sozialistischen Lager‹ ›Tauwetter‹ und differenzierte Entwicklungen möglich, andererseits beweist die Zerschlagung oppositioneller Bewegungen durch die Sowjetunion 1956 in Polen und Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei mit all ihren Folgen für oppositionelle Strömungen im Staatssozialismus überhaupt die Erstarrung und schließliche Lebensunfähigkeit des Gesamtsystems. Jacek Kuron und Karol Modzelewski kommen 1965 zu dem Schluss, dass die alleinherrschende Partei im Staatssozialismus – mithin die Kaderpartei – »nicht allein nach außen monopolistisch« ist, sondern dass »auch ihre innere Organisation (...) auf diesem Prinzip (gründet). Jede Fraktion, jede Gruppe mit besonderer Plattform, jede organisierte politische Strömung ist untersagt«. Auf diese Weise werde »die Arbeiterklasse (...) ihrer Organisation, ihres Programms und ihrer Mittel zur Selbstverteidigung beraubt«.45

40 Georgi Dimitroff: Ausgewählte Schriften, Bd. 2, S. 656 f.

41 Ebenda, S. 654 f.

42 Nikita S. Chruschtschow: Über den Personenkult und seine Folgen. Rede auf dem XX. Parteitag der KPdSU, 25. Februar 1956, hier zitiert nach: Die Geheimrede Chruschtschows, Berlin (DDR) 1990, S. 32.

43 Ebenda, S. 15.

44 Ebenda, S. 84.

45 Jacek Kuron, Karol Modzelewski: Offener Brief an die Polnische Arbeiterpartei (1965), in: Kursbuch 9, Frankfurt a. M. 1967, S. 35 f.

46 Michail S. Gorbatschow: Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt, Berlin (DDR) 1988, S. 65.

47 Ders.: Umgestaltung und Kaderpolitik der Partei, (1987) in: Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin (DDR) 1988, Bd. 4, S. 367.

48 Richard Herber, Herbert Jung: Kaderarbeit im System sozialistischer Führungstätigkeit, Berlin (DDR) 1968, S. 12.

49 Ebenda, S. 9.

50 Thekla Kluttig: Parteilichschulung und Kaderauslese in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1946-1961, Berlin 1997, S. 53.

51 Gert-Joachim Glaeßner, Irmhild Rudolph: Macht durch Wissen. Zum Zusammenhang von Bildungspolitik, Bildungssystem und Kaderqualifizierung in der DDR, Opladen 1978, S. 98.

Als Michail Gorbatschow 1985 die ›Umgestaltung‹ (perestrojka) einleitet, zielt auch diese – ähnlich dem Chruschtschow-Ansatz von 1956 – nicht auf Emanzipation der Gesellschaft, sondern auf ›Veränderung von oben‹. Die Kaderpartei ist ihr Träger, Gorbatschow wünscht sich ihre Mitglieder als »dem Leninschen Ideal eines bolschewistischen Revolutionärs« verhaftet.<sup>46</sup> Mit der Bilanz, dass alles Erreichte »Ergebnis der selbstlosen Arbeit unserer Kader« sei,<sup>47</sup> unterschätzt er das gewaltige Ausmaß der unter der Herrschaft der Kaderpartei entstandenen gesellschaftlichen Deformationen. Der Zusammenbruch der Kaderpartei und mit ihr des Staatssozialismus ist nicht mehr aufzuhalten.

## VI

Auch die SED als die in der DDR das Machtmonopol ausübende Partei ist Kaderpartei in der Tradition von Lenin, Stalin und der KI. Der Kader-Begriff geht dabei ebenfalls über die Mitglieder der Kaderpartei hinaus: Als ›Kader‹ wird ein »Stamm von Menschen« gesehen, »die auf Grund ihrer fachlichen und politischen Kenntnisse und Fähigkeiten geeignet und beauftragt sind, andere Menschen bei der Verwirklichung der gesellschaftlichen Aufgaben zu führen bzw. in einem Leitungskollektiv zu wirken.«<sup>48</sup> Die »richtige Auswahl«, die »qualifizierte Ausbildung«, die »politisch-ideologische Entwicklung« sowie der »zweckmäßige Einsatz geeigneter Menschen zur Leitung einzelner Arbeitsgebiete und Kollektive« bzw. zur »Lösung spezieller Aufgaben«<sup>49</sup> liegt in den Händen der Kaderpartei.

Die Herrschaft der Kaderpartei über die Bevölkerung und die ›Säuberungs‹-Kämpfe in der Kaderpartei nehmen in der DDR sehr viel subtilere Formen an: Es gibt weder Massenterror wie in der Sowjetunion 1936-38 noch Schauprozesse von der mörderischen Dimension, wie sie in einigen osteuropäischen Ländern 1947-52 stattfinden, und es kommt nie zu einem Maß an Privilegierung der Kader wie in der Sowjetunion. Aber es gibt keine Emanzipation von den Wesensgleichheiten: In der Kaderpartei gilt – von willkürlich festgelegten Ausnahmefällen abgesehen – die Priorität der politisch-ideologischen ›Klarheit‹ gegenüber der fachlichen Qualifikation, ›Abweichler‹ von der ›Linie‹ werden gemäßregelt. Für die Funktion der umfangreichen mehrstufigen politisch-ideologischen Bildung in der SED bleibt gültig, was bereits die Parteilichschulung der KPD 1945/46 charakterisierte: dass sie »weniger in der Emanzipation durch Wissensbildung als vielmehr in der Ausschaltung der innerparteilichen Meinungs- und Willensbildung bestand.«<sup>50</sup> Kader-Politik als Bildungspolitik dient dazu, »das Wissensmonopol der Leitungsapparate gegenüber den übrigen Mitgliedern der Gesellschaft zu festigen und wo möglich auszuweiten«. Die »Forderung nach Allseitigkeit der Bildung« endet dort, »wo die Vermittlung von Herrschaftswissen anfängt.«<sup>51</sup>

Ende der achtziger Jahre sind Kaderpartei und Staatssozialismus in der DDR so erstarrt, dass selbst die ›Umgestaltung‹ in der Sowjetunion ohne signifikantes Echo in der Kaderpartei bleibt. Erst recht nicht erweist sie sich als fähig, den darüber hinaus notwendigen Schritt zu gehen, also: sich radikal vom eigenen Machtanspruch loszusagen und mit den emanzipatorischen Strömungen der Gesell-

schaft zu verbinden. Dadurch wird die Nach-Wende-DDR 1990 mit ihren interessanten Politikansätzen (›Runder Tisch‹, Bewegungen von unten) nur zur kurzen Episode, die vom raschen Anschluss an die Bundesrepublik beendet wird. Der Elitenaustausch im Osten Deutschlands zugunsten der Eliten der alten Bundesrepublik marginalisiert die SED-Mitglieder. Die Tatsache, dass nach 1990 nur ein kleiner Teil der ehemals nach Millionen zählenden Mitglieder der Kaderpartei Träger oder Weiterentwickler sozialistischen Gedankengutes und entsprechenden politischen Handelns bleibt, verweist nachdrücklich auf die Untauglichkeit des alten Kaderpartei-Konzepts für die Entwicklung sozialistischer Alternativen zum Kapitalismus.

## VII

In der Linken in der Bundesrepublik Deutschland wird unter dem Eindruck des »Anpassungsprozesses der SPD an die etwa seit 1953 voll etablierte Restauration«,<sup>52</sup> des Verbots der KPD 1956 und der ›realsozialistischen‹ Entwicklungen in Osteuropa die Frage der Kaderorganisationen neu aufgerollt. Die antiautoritäre Strömung lehnt tendenziell alle langfristigen und systematischen Formen der Klassenbewusstseinsbildung und jede Kaderorganisation ab, während die linkssozialistische Strömung eher zur Aktualisierung der Luxemburgischen Linie tendiert. Wolfgang Abendroth als Vertreter der letzteren fordert 1963 an den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) gewandt ein bewusstes Zusammenwirken von Intellektuellen und geschulten Kadern der Unterklassen, weil Klassenbewusstsein nicht automatisch aus der Klassenlage entstehe.<sup>53</sup>

Rudi Dutschke kritisiert 1974 Lenin mit Blick auf die Kaderpartei umfassend. So sei Lenins Kader-›Auslese‹ immer aus dem Zwang zur Konspiration heraus erklärt worden, sie leite sich aber »auch aus der Trennung von Arbeiter-Sein und Partei-Bewusst-Sein über diese Arbeiter« her.<sup>54</sup> Des Weiteren habe Lenin die »asiatische Wirklichkeit« Russlands mit seiner Bauernschaft »als eine Qual und nicht als eine gesellschaftlich-geschichtliche Realität mit einer revolutionären Perspektive« angesehen.<sup>55</sup> Damit ist für Dutschke das Problem der »Individuation« angesprochen – der »geschichtlich angemessene(n), über Klassenkampf vermittelte(n) Selbstveränderung«. Marx habe – in den von Rjasanow 1909 herausgegebenen, in den Marx/Engels Werken (MEW) nicht enthaltenen Arbeiten zum Ursprung der Vorherrschaft Russlands in Europa – diese Individuation »›sogar‹ den russischen Bauern zugestanden(en)«, ja mehr noch, er habe sie in Russland bei der Bauernschaft »am ehesten für möglich« gehalten, für Lenin jedoch sei sie »ein Problem jenseits seines Denkens« gewesen.<sup>56</sup> Schließlich sei der ›demokratische Zentralismus‹, bei dem »der Weg (...) von oben nach unten (geht)« und »jeder (...) sein Instrument zu spielen (hat) und *nur* sein Instrument«,<sup>57</sup> das uneingeschränkte Organisationsprinzip der Partei, des sowjetischen Staates und auch der KI geblieben, und nach der Niederlage der Revolution in Deutschland hätten die Bolschewiki »ihre Revolutionserfahrungen, ihren Partei-Typus ohne kritisch-solidarische Diskussion verallgemeinern, genauer: international vulgarisieren« können.<sup>58</sup>

52 Wolfgang Abendroth: Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche, aufgez. u. hrsgg. v. B. Dietrich u. J. Perels, Frankfurt a. M. 1976, S. 229.

53 Derselbe: Die Aufgaben der jungen Intelligenz im Klassenkampf, in: neue kritik, Nr. 18 (1963), S. 9-12.

54 Rudi Dutschke: Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen. Über den halb-asiatischen und den westeuropäischen Weg zum Sozialismus. Lenin, Lukács und die Dritte Internationale, Berlin (West) 1974, S. 102.

55 Ebenda, S. 101.

56 Ebenda, S. 315. – In MEW, 19, S. 242 f. findet sich folgende Äußerung zum Thema von Marx (an Vera Sassulitsch, 8. März 1881): »Bei dieser Bewegung im Westen handelt es sich um die *Verwandlung einer Form des Privateigentums in eine andere Form des Privateigentums*. Bei den russischen Bauern würde man im Gegenteil *ihre Gemeineigentum in Privateigentum umwandeln*. Die im ›Kapital‹ gegebene Analyse enthält also keinerlei Beweise – weder für

noch gegen die Lebensfähigkeit der Dorfgemeinde, aber das Spezialstudium (...) hat mich davon überzeugt, daß diese Dorfgemeinde der Stützpunkt der sozialen Wiedergeburt Rußlands ist; damit sie aber in diesem Sinne wirken kann, müßte man zuerst die zerstörenden Einflüsse, die von allen Seiten auf sie einströmen, beseitigen und ihr sodann die normalen Bedingungen einer natürlichen Entwicklung sichern.«

57 Rudi Dutschke, a. a. O., S. 103.

58 Ebenda, S. 213.

59 Jiang Zemin: Rede auf der Versammlung zur Feier des 80. Gründungstages der KP Chinas. XVI. Parteitag der KPCh, 4. September 2002. [www.china.org.cn/german/41263.htm](http://www.china.org.cn/german/41263.htm).

60 G. A. Bennett: Kader, in: Wolfgang Franke (Hrsg.): China. Handbuch, Hamburg 1977, S. 156.

61 Mao Zedong (Mao Tse-tung): Die Millionenmassen für die antijapanische nationale Einheitsfront gewinnen, (1937) in: Ausgewählte Werke Bd. I (Peking 1968), S. 342.

62 G. A. Bennett, a. a. O.

63 Ebenda.

64 Jonathan D. Spence: Chinas Weg in die Moderne, München-Wien 1995, S. 716.

## VIII

Ein gesondertes Kapitel der Kaderpartei-Entwicklung stellt die KP Chinas dar. In der KP Chinas wird der Kader-Begriff bis heute in der von Lenin und Stalin überkommenen Weise verwendet, er verbindet sich aber zugleich mit dem alten Wort ›ganbu‹ (Kader – die erste Silbe *gan* bedeutet »fähig sein«). KPCh-Generalsekretär Jiang Zemin 2002: »Wenn die politischen Linien festgelegt sind, bilden die Kader den entscheidenden Faktor.« Das »Kader-Kontingent« sei nach dem »Prinzip für die einwandfreie Moral und Qualifikation« zu »revolutionieren, zu verjüngen, zu intellektualisieren und zu spezialisieren«. Es seien »talentierte Menschen als Führer heranzubilden, die großen Wert auf die Politik legen, die ganze Lage erfassen und es gut verstehen, die Angelegenheiten von Partei und Staat zu regeln«. Die Partei müsse wie bisher »die Kader verwalten«. <sup>59</sup>

Das Wort *ganbu* steht in China bereits seit Jahrhunderten für die Schicht der Eliten, der Beamten. Schon früher gab es von der Zentralregierung entwickelte Auswahl-, Prüfungs- und Handlungskriterien, und es gab Aufstiegsmöglichkeiten aus den unteren Schichten in diese »Beamtenklasse«. <sup>60</sup> So erklärt sich Kontinuität. Mao Zedong formuliert 1937 ähnlich wie die KI: »Will man eine große Revolution führen, muss man eine große Partei haben, muss man zahlreiche erstklassige Kader besitzen. (...) Gestützt auf solche Kader verbindet sich die Partei mit ihren Mitgliedern und den Massen.« <sup>61</sup> Zum Zeitpunkt des Sieges der Revolution 1949 sieht Bennett eine »neue Klasse der Kader« am Werk, die im Vergleich zur alten Beamtenklasse »größer (ist), (...) sich aus niederen sozialen Schichten (rekrutiert), (...) weiter hinunter in die lokalen Angelegenheiten (dringt) und (...) eine breitere Verantwortlichkeit (hat)«. »Das Neue« sei »durch Beibehaltung alter Formen kulturell verankert«. <sup>62</sup>

Das alte Problem bleibt auch hier ungelöst: Sobald die Zentralmacht stabilisiert ist, ›funktioniert‹ die Mehrheit der Kader in deren Interesse, setzt deren ›Linie‹ diktatorisch von oben nach unten durch, und gleichzeitig findet auch zwischen den Kadern selbst eine immer neue ›Auslese‹ statt. Das Auf und Ab in der chinesischen Politik, gekennzeichnet durch solche Verwerfungen wie den ›Großen Sprung nach vorn‹ 1957-58 und die ›Große Proletarische Kulturrevolution‹ 1966-69, erklärt sich durch tiefe Interessen- und Prioritätenunterschiede zwischen den »aktivistisch ausgerichteten Kadern« einerseits und den »fachlich ausgerichteten Kadern« andererseits. <sup>63</sup>

In der ›Kulturrevolution‹ mobilisiert Mao Zedong die in den ›Roten Garden‹ organisierten Jugendlichen gegen den ihm nicht genehmen Teil der Kader und der Kaderpartei. Die Bereitschaft dieser Jugendlichen, »ohne sonderliches Drängen« von Seiten der Führung »gegen Eltern, Lehrer, Partei-Kader und ältere Menschen« aufzubegehren und dabei »zahllose vorsätzlich sadistische Handlungen« zu begehen, war Jonathan Spence zufolge eine Antwort darauf, dass die Jungen »jahrelang zu revolutionärer Opferbereitschaft, sexueller Abstinenz und absolutem Gehorsam gegenüber dem Staat angehalten und in allem fortgesetzt überwacht worden« seien. <sup>64</sup> Erst mit dem von Deng Xiaoping im Dezember 1978 verkündeten Modernisierungskurs gewinnen die ›fachlich ausgerichteten‹ Kader gegenüber den ›aktivistisch ausgerichteten‹ Kadern wieder die Oberhand. Deng

stellt die wohlbekannten, nun freilich wieder zu einer anderen ›Linie‹ gehörenden Forderungen nach »striktter Einhaltung der Parteidisziplin«. <sup>65</sup> Die Kaderpartei fungiert nun in ihrer Gesamtheit als Träger der auf Industrialisierung, Modernisierung und Öffnung zur Welt setzenden Macht. Sie verbindet den *shehui zhuyi* – den chinesischen Sozialismus, von dem offiziell nach wie vor die Rede ist – mit einer unzweifelhaft kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung.

## IX

Nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus in Europa hat die Diskussion darüber, wie sich sozialistische Parteien mit dem Anspruch auf Systemveränderung entwickeln können, ohne Kaderpartei zu sein, neue Nahrung erhalten. In Deutschland hat es die aus der SED hervorgegangene PDS (seit 2005 Linkspartei.PDS) unternommen, einen Selbstveränderungsprozess einzuleiten und in der seit Jahrzehnten etablierten bürgerlichen Demokratie der Bundesrepublik Fuß zu fassen. Sie hat im Dezember 1989 in einem »von der Oppositions- und der Volksbewegung erzwungenen« und »durch SED-Mitglieder unterstützten« Prozess den Bruch mit dem bisherigen Parteitypus vollzogen – und zwar »sowohl das Parteileben selbst wie auch das Selbstverständnis der Partei als Teil der Gesellschaft« betreffend <sup>66</sup> –, und sich als demokratisch-sozialistische Partei mit dem Bekenntnis zum Sozialismus als »notwendiges Ziel«, als »Bewegung gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen« sowie als »Wertesystem, in dem Freiheit, Gleichheit und Solidarität, menschliche Emanzipation, soziale Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden untrennbar verbunden sind« <sup>67</sup>, demokratischen Wahlen gestellt, ihren Platz im parlamentarischen System gefunden und sich mit anderen kommunistischen, sozialistischen und Umweltparteien in der Europäischen Linken verbunden.

Bei den Debatten über den weiteren Weg der sozialistischen Bewegung insgesamt kommt den Überlegungen von Antonio Gramsci eine wichtige Rolle zu. Gramsci entwickelt Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts – noch nicht mit den Erfahrungen des Stalin-Terrors und der Diskreditierung der Kaderpartei durch den Staatssozialismus belastet – in Anknüpfung an Rosa Luxemburg Überlegungen, die im Grunde auf eine Form der Kaderpartei hinauslaufen. Für die dauerhafte Existenz einer Partei bedarf es ihm zufolge dreier Grundelemente: 1. eines »verbreiteten Elementes gewöhnlicher, durchschnittlicher Menschen, deren Beteiligung sich durch Disziplin und Treue anbietet«; 2. eines »Kohäsivlements«, das eine »zentralisierende, disziplinierende und (...) erfinderische Kraft« darstellt; und 3. eines »mittleren Elements«, welches »das erste mit dem dritten Element verknüpft, sie nicht nur in ›physischen‹, sondern moralischen und intellektuellen Kontakt miteinander bringt«. <sup>68</sup> Damit ist ›Partei‹ unauflöslich mit dem Wirken einer Gruppe besonders ausgebildeter und befähigter Menschen verknüpft und insofern Kaderpartei. Kaderpartei und ›Massenpartei‹ stehen sich vor diesem Hintergrund nur in quantitativem, nicht aber in qualitativem Sinne gegenüber.

Die Geschichte des Kaderpartei-Konzepts in der kommunistischen und sozialistischen Bewegung zeigt, wie eng es mit der Eliten-Poli-

65 Deng Xiaoping: *Emancipate the mind, seek truth from facts and unite* (Das Denken befreien, die Wahrheit in den Tatsachen suchen und sich zusammenschließen), (1978) in: *Selected Works* (Peking) 1975-1982, S. 156.

66 Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, hrsgg. von Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V., Berlin 1997, S. 249.

67 Ebenda, S. 308.

68 Antonio Gramsci: *Gefängnishefte*, Bd. 7, Heft 14, § 70, S. 1696.



69 Ernst Bloch: Freiheit und Ordnung. Abriss der Sozial-Utopien, Berlin 1947, S. 211.

70 Ebenda, S. 214.

71 Ebenda, S. 213.

72 Derselbe: Das Prinzip Hoffnung, Berlin (DDR) 1954, Erster Band, S. 133.

73 Boaventura de Sousa Santos: Das Weltsozialforum: Für eine gegenhegemoniale Globalisierung, in: Anita Anand, Arturo Escobar, Jai Sen und Peter Waterman (Hrsg.): Eine andere Welt. Das Weltsozialforum, Berlin 2004, S. 320.

74 Arturo Escobar: Andere Welten sind (schon) möglich, in: ebenda, S. 336.

tik und der hierarchischen Praxis im Kapitalismus, mit den Organisationsformen der ›klassischen‹ kapitalistischen Industrien verbunden ist. Die Frage nach den Alternativen zum Kapitalismus ist daher auch die nach Organisationsformen, die ohne Eliten – mithin ohne Kader – denkbar sind. Bietet der Marxismus als – wie Ernst Bloch es formuliert hat – das »Novum einer prozeßhaft-konkreten Utopie«<sup>69</sup> den Denkrahmen für solche Formen? Bieten veränderte Produktionsverhältnisse die Chance zur von Bloch gemeinten »unentfremdeten Ordnung«,<sup>70</sup> zum Verschwinden »jene(s) Teil(s) des Schicksals (...), der von Menschen, in der Klassengesellschaft, selbst produziert und unwissend fetischisiert worden ist«<sup>71</sup>?

Von Interesse sind hier Überlegungen, wie sie im Rahmen des *Weltsozialforums* angestellt werden. In direkter Anknüpfung an Blochs Auseinandersetzung mit dem »Noch-Nicht-Bewußten« – »Alle Wendezeiten sind (...) von Noch-Nicht-Bewußtem gefüllt, auch überfüllt; und eine aufsteigende Klasse trägt es«<sup>72</sup> – hat Boaventura de Sousa Santos das Weltsozialforum als »Neuheit (...) ohne FührerInnen«, als »Ablehnung von Hierarchien« mit »Betonung von durch das Internet ermöglichten Netzwerken« beschrieben<sup>73</sup>. Eine ähnliche Annäherung sucht Arturo Escobar, der unter Berufung auf Anstrengungen, die Komplexitätsidee auf soziale Systeme zu beziehen und die Selbstproduktion der sozialen und natürlichen Welten neu zu denken, davon spricht, dass »in seiner utopischen Konzeption (...) das Internet (...) als die Verwirklichung einer dezentralisierten, nicht-hierarchischen Logik der Selbstorganisation gesehen werden« könne.<sup>74</sup>

Scheinen im Weltsozialforum tatsächlich künftige gesellschaftliche Organisationsformen auf? Erlangen in ihnen möglicherweise die ›peer groups‹ eine neue Bedeutung? Geht es in einem künftigen Sozialismus tatsächlich ohne ›Führen‹ und ohne ›Geführtsein‹? Also ohne Eliten und ohne Kaderpartei? Antworten sind noch nicht gegeben.

CAREN LAY

## Abschied vom »Ernährermodell«

Zur Familien-, Sozial- und Arbeitspolitik  
der Neuen Linken

Ob und wie die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfähig gemacht werden können, ist auch in der Linkspartei ein umstrittenes Thema. Die Geschlossenheit in der Ablehnung der Agenda 2010 und der Hartz-Gesetze bricht in dem Moment auf, in dem unsere Alternativen auch in Detailfragen benannt werden müssen. Umstritten ist dabei neben den inhaltlichen Problemen die strategische Frage, wie man mit dem Angriff auf den Sozialstaat umgeht. Angesichts massiver Angriffe auf den bestehenden Sozialstaat gibt es auch in der Linkspartei Ansätze, die bestehenden Konstruktionen »mit Zähnen und Klauen« zu verteidigen – und damit auch die ihnen innewohnenden überholten Vorstellungen, die dem deutschen Sozialrecht eingeschrieben sind.

Ich möchte demgegenüber argumentieren, dass die simple Verteidigung des real existierenden Sozialstaates in seiner Verfasstheit vor der Agenda 2010 auf die Dauer kein tragfähiges Konzept darstellen kann. Zum einen deshalb nicht, weil es schwierig werden wird, in der öffentlichen Debatte mit einer reinen Blockadehaltung bestehen zu können, zum anderen, weil dies die Strukturprobleme des Sozialstaates tatsächlich nicht löst und bereits vor der Agenda 2010 eine Reihe von Gerechtigkeitsfragen aufgeworfen waren. Wenn wir als Linke glaubwürdig sein wollen, dann können wir das nur, wenn wir den Mut haben, eine progressive Auflösung nach vorne vorzuschlagen.

Deshalb plädiere ich dafür, einen eigenständigen Gestaltungsanspruch zu formulieren, der auch mit denjenigen Strukturelementen bisheriger sozialstaatlicher Arrangements bricht, die wir seit langem als sozial ungerecht kritisiert haben.

Als zentrale Strukturprobleme des heutigen Sozialstaatsmodells werden zum Beispiel der Charakter der sozialen Sicherungssysteme als Arbeitnehmersicherung, ihre Finanzierung über Löhne und Gehälter und eine verbleibende bzw. sich verstärkende Fürsorgeorientierung einschließlich autoritärer und Zwangselemente genannt.

Ein weiteres dieser überholten und dysfunktionalen Strukturelemente stellt das »Ernährermodell« dar, das die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zum Vorbild hat und das die bundesdeutsche Gesetzgebung in vielfacher Hinsicht durchzieht. Darauf konzentriert sich dieser Aufsatz, da es zum einen weder innerhalb der Linkspartei noch innerhalb der WASG eine deutlich wahrnehmbare systematische Auseinandersetzung damit gibt und weil es auch in beiden Parteien Kräfte gibt, die Sozial- und Arbeitspolitik nach wie vor aus der Perspektive des Familienvaters betreiben.

Caren Lay – Jg. 1972; Soziologin; arbeitete als Referentin bei der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag und als Redenschreiberin im Bundesverbraucherministerium; seit 2004 Mitglied des Sächsischen Landtags und dort Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Arbeitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.PDS; seit 2006 Mitglied des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS; Veröffentlichung von Texten zu Fragen des Feminismus und zur queer theory.

*Wo manifestiert sich das »ErnährermodeLL«?*

Das »ErnährermodeLL« verbirgt sich explizit oder implizit hinter wesentlichen Instrumenten der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik. Zu nennen wären:

- a) das Ehegattensplitting, das eine geschlechterhierarchische Arbeitsteilung steuerlich belohnt;
- b) die Konstruktion der Bedarfsgemeinschaft, die durch die eingeführten gegenseitigen Unterhaltsverpflichtungen familiäre Abhängigkeiten der Ehe auf nicht-eheliche Lebensgemeinschaften und Hausgemeinschaften ausweitet;
- c) die Finanzierung der Elternzeit durch ein niedriges Erziehungsgeld, das eine eigenständige Existenzsicherung nicht ermöglicht;
- d) die in Deutschland vergleichsweise schlechte Infrastruktur von frühkindlichen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen;
- e) bestehende Mini-Job-Regelungen, die die Sozialversicherungsfreiheit für geringfügige Beschäftigung formulieren und insofern der Vorstellung eines »Hinzuverdienstes« zum eigentlichen Familieneinkommen entsprechen;
- f) Ehegattenzuschläge auf die Gehälter im öffentlichen Dienst;
- g) die beitragsfreie Mitversicherung von nicht-erwerbstätigen Ehepartnerinnen und Ehepartnern in der Kranken- und Pflegeversicherung;
- h) naheheliche Unterhalts- und Versorgungsansprüche;
- i) Unterhaltsverpflichtungen von Eltern gegenüber erwachsenen Kindern – zum Beispiel während der Ausbildung oder in der Bedarfsgemeinschaft;
- j) Unterhaltsverpflichtungen von Kindern gegenüber Eltern, zum Beispiel im Falle der Pflegebedürftigkeit.

Um es gleich vorweg zu nehmen: Ich plädiere nicht dafür, alle genannten Instrumente von heute auf morgen abzuschaffen oder gar ersatzlos zu streichen. Vielmehr sollte geschaut werden, wie der Abschied vom »ErnährermodeLL« als ein Transformationsprojekt begriffen werden kann und entsprechende Alternativen mittelfristig realisiert werden können, um die mit dem »ErnährermodeLL« einhergehenden Gerechtigkeitsdefizite zu beseitigen, ohne dass dies gleichzeitig zu weiteren sozialpolitischen Härten führt.

*Was ist das Problematische am »ErnährermodeLL«?*

*Erstens: Das Gerechtigkeitsdefizit.* Die mit dem »ErnährermodeLL« einhergehenden Gerechtigkeitsdefizite und seine anti-egalitäre Wirkungsweise werden in der feministischen Sozialstaatsdiskussion seit Langem diskutiert.<sup>1</sup> Dabei geht es um die grundsätzliche Kritik, dass der derzeitige ordnungspolitische Rahmen am »ErnährermodeLL« und nicht an der eigenständigen Existenzsicherung von Frauen und Männern ausgerichtet ist. Der bundesdeutschen Sozialpolitik wird ein Geschlechterbias nachgewiesen, dem gesellschaftliche Normalitätsvorstellungen unterliegen – nämlich die der männlichen Normalbiographie einer durchgängigen Erwerbstätigkeit und einer »normalen« Familie mit einer nicht-erwerbstätigen Ehefrau. Kritisiert wird in diesem Diskurs unter anderem, dass bestehende Regelungen auf eine Beibehaltung dieser Arbeitsteilung zielen. Bei Frauen – so heißt es in diesem Diskurs – ziele Sozialpolitik nicht auf »Proleta-

1 Vgl. für einen aktuellen Überblick: Sigrid Leitner u. a.: Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnisse im Umbruch, Wiesbaden 2004.

2 Teresa Kulawik: Modern bis maternalistisch. Theorien des Wohlfahrtsstaates, in: Dies./Birgit Sauer (Hrsg.): Der halbierte Staat. Grundlagen feministischer Politikwissenschaft, Frankfurt a. M./New York 1996, S. 55.

3 Susanne Schunter-Kleemann: Wohlfahrtsstaat und Patriarchat – ein Vergleich europäischer Länder, in: Dies. (Hrsg.): Herrenhaus Europa – Geschlechterverhältnisse im Wohlfahrtsstaat, Berlin 1992, S. 162.

4 Teresa Kulawik, a. a. O., S. 48.

risierung«, sondern nicht selten gerade auf den Ausschluss vom Arbeitsmarkt und die mit dem Begriff der »Hausfrauisierung« etikettierte Zwangsrekrutierung zur unbezahlten Familienarbeit.<sup>2</sup> Ein anderes Feld der Auseinandersetzung ist die mit dieser Normalitätsannahme einhergehende unterschiedliche Bewertung der Lebensentwürfe von Frauen. Sozialstaatlich begünstigt – so wird hervorgehoben – würden vorrangig Frauen, die sich dem traditionellen Leitbild der Ehefrau fügen. Frauen hingegen, die aus der Hausfrauenehe herausstreben oder herausfallen (alleinerziehende, geschiedene, erwerbstätige Frauen), seien steuer- und familienpolitisch benachteiligt.<sup>3</sup>

Kritisiert wird zudem die Tatsache, dass die Leistungsansprüche der Frauen nicht gegenüber dem Staat, sondern gegenüber dem Ehemann formuliert werden. Der den Frauen bei der Entstehung des Wohlfahrtsstaates zugewiesene und die bundesdeutsche Regelung bis heute prägende Status sei nicht als individuelles Rechts-, sondern als paternalistisches Schutzverhältnis konzipiert.<sup>4</sup>

Dies alles bedeutet eine Reihe von Nachteilen für Frauen: Altersarmut von Frauen, ihre Abhängigkeit von der Unterstützung durch ihre Männer in und nach der Ehe, während eine eigenständige Existenzsicherung durch Anreizsysteme für Nicht-Erwerbstätigkeit (Ehegattensplitting, Versorgungsausgleich, Hinterbliebenenversorgung) bzw. wegen fehlender Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (fehlende Krippenplätze vor allem in Westdeutschland, keine oder eingeschränkte Rückkehrrechte in den Beruf) systematisch erschwert wird. Für die in Frauenkreisen gelegentlich aufgestellte Behauptung, dass es sich für Frauen mehr lohnt, eine Woche lang mit einer »guten Partie« verheiratet zu sein, als ein Leben lang zu arbeiten, habe ich in diesem Zusammenhang keine empirischen Belege gefunden, halte es allerdings nicht für ausgeschlossen.

Zu betonen bleibt: Die wiedergegebenen Argumente der feministischen Sozialstaatskritik haben explizit oder implizit ebenfalls eine traditionelle Hausfrauenehe vor Augen. Durch die Prekarisierung der Arbeitswelt und Pluralisierung der Lebensweisen können oder wollen aber auch viele Männer dieser »Normalbiographie« nicht mehr entsprechen – und somit sind auch sie Betroffene einer patriarchalen Sozialstaatskonstruktion.

*Zweitens: Dysfunktionalität.* Neben den genannten Gerechtigkeitsdefiziten wird insbesondere in der aktuellen Debatte um die Familienpolitik die Dysfunktionalität des gegenwärtigen familienpolitischen Leitbildes moniert. Für Familienpolitik wird in Deutschland zwar im europäischen Vergleich relativ viel Geld ausgegeben, ohne dass die wesentlichen Aufgaben einer modernen Familienpolitik gelöst werden. Als solche wären zu nennen: die Verhinderung von Kinderarmut, Verhinderung der Benachteiligung sozial schwacher Kinder im Bildungssystem, die Herstellung von Gleichberechtigung und von Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer. Exemplarisch für diese Kritik heißt es in einem Strategiepapier der IG Metall, dass die familienpolitischen Ausgaben in Deutschland zwar zu den höchsten in der Welt zählten, doch die Ergebnisse dürftig sind: In Deutschland leben immer mehr Kinder in Armut, Jungen und Mädchen aus sozial schwachen Familien haben geringe Bil-

dungschancen, viele Frauen können Familie und Beruf nicht vereinbaren und die steigende Zahl pflegebedürftiger Menschen wird als enorme Belastung wahrgenommen.<sup>5</sup>

Im Übrigen führt die gegenwärtige Politik zu im europäischen Vergleich niedrigen Geburtenraten – ein Umstand, der in der aktuellen Debatte eine große Rolle spielt. (Womit aber nicht gesagt sein soll, dass ich die Erhöhung der Geburtenraten an sich als ein Qualitätskriterium von Familienpolitik akzeptieren würde.)

*Drittens: Legitimationskrise.* Die folgenden Elemente des sozialen Wandels führen zu einer Legitimationskrise des ordnungspolitischen Rahmens, der implizit auf dem Modell der Hausfrauenehe aufbaut:

a) Die Emanzipation von Frauen, die mit der Forderung einer gleichberechtigten Teilhabe am Erwerbsleben einhergeht, wie sie in der DDR trotz anderer gleichstellungspolitischer Defizite annähernd realisiert war, führt zum Widerstand gegen die Restaurierung traditioneller Lebensformen, wie sie etwa in der Einführung der Institution der »Bedarfsgemeinschaft« und anderen Konstruktionen besteht, die nicht nur, aber in erster Linie Frauen aus einer gleichberechtigten Teilhabe am Erwerbsleben ausschließen.

b) Die Prekarisierung der Arbeitswelt hat einen Bedeutungsverlust der »Normalbiographie« auch für Männer zur Folge. Auch sie können immer weniger auf eine ungebrochene Erwerbsbiographie hoffen. Dies führt zu einer Situation, in der zunehmend auch Männer in die Situation von Bedürftigkeit und familiärer Abhängigkeit geraten und selbst zu Leidtragenden des »ErnährermodeLLs« werden.

c) Hinzu kommt schließlich die Pluralisierung von Familien- und Lebensweisen. Patchwork-Familien, nicht-eheliche Lebensgemeinschaften von hetero- und homosexuellen Paaren, steigende Scheidungsraten und Single-Haushalte sind Indikatoren einer auch in familiären Dimensionen erodierenden »Normalbiographie«. Der diese Entwicklung begleitende Wertewandel führt dazu, dass einige Elemente der sozialen Sicherungssysteme einer normativen Legitimationskrise unterliegen. Für die staatliche Normierung von Lebensweisen durch die Bevorzugung der »Hausfrauenehe« dürfte es zunehmend schwieriger werden, gesellschaftliche Mehrheiten zu finden.

Indikator für diese Legitimationskrise ist etwa die aktuelle Diskussion zur Institution »Bedarfsgemeinschaft«, die eine Restauration traditioneller familiärer Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Erwachsenen zur Folge hat und die selbst von Menschen, die in klassischen Familienmodellen leben, nicht als Rettung, sondern als Zerstörung ihrer Familie empfunden wird. Im Zuge der Einführung von Hartz IV sind viele Lebenspartner auseinander gezogen, haben Kinder früher als ursprünglich geplant das Elternhaus verlassen.<sup>6</sup> Die finanziellen Abhängigkeiten führen daher zu einem Anstieg ungewollter Single-Haushalte. Zudem stellt sie eine Belastung für das innerfamiliäre Klima dar, da sich Personen, die sich zuvor auf gleicher Augenhöhe begegnet sind, von nun an in einem Abhängigkeits- und Aushaltungsverhältnis befinden.

In eine Legitimationskrise geraten zunehmend auch die naheheulichen Unterhaltsverpflichtungen zwischen Erwachsenen angesichts steigender Scheidungsraten, kürzerer Ehen und der Tatsache, dass

5 Kirsten Rölke, Wolfgang Schroeder: Thesen zum Sozialstaatskongress der IG Metall: Drei Eckpfeiler müssen renoviert werden.

6 Dies so lange, bis das ansatzweise progressive Element – dass nämlich Jugendliche eine eigenständige Bedarfsgemeinschaft begründen, wenn sie aus dem elterlichen Haushalt ausziehen – im Frühjahr mit dem Verweis auf einen angeblich starken Anstieg der Anzahl von Bedarfsgemeinschaften wieder rückgängig gemacht wurde.

7 Sabine Berghahn: Der Ehegattenunterhalt und seine Überwindung auf dem Weg zur individualisierten Existenzsicherung, in: Sigrid Leitner u. a., a. a. O., S. 109

das Eingehen einer neuen Bindung nach einer Ehe heutzutage nicht Ausnahme sondern einen Regelfall darstellen dürfte. Nachehelicher Unterhalt ist daher eine Quelle endloser Rechtsstreitigkeiten und oft auch ein Erpressungs- und Tauschobjekt im Kampf um das Sorgerecht für Kinder.<sup>7</sup> Das dürfte auch der Hintergrund dafür sein, dass das Unterhaltsrecht erst kürzlich von der CDU/SPD-Koalition dahingehend modifiziert wurde, dass sich die Unterhaltsansprüche geschiedener Ehepartner verschlechtern, die der Kinder hingegen verbessern.

*Für ein neues Leitbild in der Familien- und Sozialpolitik*

»An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.« (Karl Marx: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S. 482)

Sicherlich gibt es auch in der Linkspartei.PDS nicht wenige, die die oben dargestellten Individualisierungserscheinungen als das Aufweichen innerfamiliärer Solidarität interpretieren und als solches bedauern. Statt der verzweifelten Verteidigung einer Normalität, die nicht mehr existiert, empfiehlt sich aus meiner Sicht allerdings ein realistischer Blick auf die Welt, wie sie ist – verbunden mit dem Anspruch auf die Gleichstellung aller Lebensweisen.

Dies sollte Bestandteil einer emanzipatorischen Sozialpolitik sein, die Christoph Butterwegge von einer kompensatorischen und kompetitorischen Sozialpolitik unterscheidet: »Die Emanzipatorische Sozialpolitik dient der Befreiung unterversorgter bzw. -privilegierter Gesellschaftsmitglieder von Zwängen, welche es ihnen verwehren, ein gutes Leben zu führen, sich optimal zu entwickeln und eine gereifte Persönlichkeit zu werden.«<sup>8</sup> Sie sollte sich außerdem von patriarchalisch-chauvinistischen, ständisch-paternalistischen und sozialpatriotisch-autoritären Zügen staatlicher Wohlfahrtspflege vergangener Epochen unterscheiden.<sup>9</sup>

8 Christoph Butterwegge: Krise und Zukunft des Sozialstaates, Wiesbaden 2005, S. 12.

9 Ebenda, S. 60.

Im Sinne einer solchen emanzipatorischen Sozialpolitik stellt sich die Frage, ob die Organisation von Solidarität noch länger privatisiert werden soll oder ob es ein zeitgemäßerer Konzept ist, die Existenzsicherung während der Phasen der Nicht-Erwerbstätigkeit über die Gemeinschaft zu organisieren. Denn es ist nicht länger zu rechtfertigen, warum die Versorgung im Alter – zumindest für ehemals Erwerbstätige – kollektiv ausgestaltet ist, während die Existenzsicherung in der Kindheit oder während der Elternzeit – also in der Regel für Frauen – in die private Verantwortung verwiesen wird. Das heißt nichts Geringeres, als eine gesamtgesellschaftliche Solidarität einzufordern, anstatt die Lösung sozialer Notlagen zu privatisieren.

10 Der Begriff der Subsidiarität stammt aus der katholischen Soziallehre und beschreibt das Prinzip, nach dem der Staat nur diejenigen Aufgaben übernehmen soll, die die Gesellschaft selbst nicht lösen kann. Bezogen auf das Sozialrecht beinhaltet es, dass der Staat erst dann die Sozialleistungen finanziert, wenn die als vorrangig betrachtete private Versorgung nicht vorhanden ist.

Deshalb habe ich die größten Zweifel daran, dass das Subsidiaritätsprinzip<sup>10</sup> ein zukunftsfähiges Strukturprinzip der Familien- und Sozialpolitik darstellen könnte. Während dieses Prinzip zum Beispiel in der Jugendhilfe zu einer Stärkung der Zivilgesellschaft führen kann, erzeugt die »Ehegattensubsidiarität« in der Familienpolitik in der Familie Abhängigkeiten und gesamtgesellschaftlich Ungerechtigkeiten.

Die Orientierung an einem Familienmodell mit einem männlichen Familienernährer an der Spitze ist den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht mehr gewachsen. Der Abschied vom »ErnährermodeLL« muss einem neuen Leitbild in der Familien- und Sozialpolitik weichen. Damit meine ich nicht, eine andere Lebensweise als die der klassischen Hausfrauenehe zum Leitbild zu küren und sozialpolitische Regelungen einseitig darauf abzustellen. Welche Lebensweisen aus Sicht konservativer Politiker mehr oder weniger wünschenswert sind, kann aber nicht Maßstab linker Politik sein. Im Gegenteil: Es geht den Staat nichts an, wer mit wem schläft und wer wie lebt. Normierungen oder ihr Versuch sind aus emanzipatorischer Sicht abzulehnen. Dementsprechend hat sich der Staat neutral zu verhalten gegenüber der Entscheidung der Einzelnen, wie sie leben und lieben möchten.

Aus dieser postulierten Neutralität gegenüber den Lebensentwürfen ergibt sich konsequenterweise eine andere Definition von Familie und ein anderes Kriterium für Familienförderung: Familie ist dort, wo Nähe ist und Förderung gehört dahin, wo Kinder oder Pflegebedürftige sind – und nicht dahin, wo ein Trauschein vorliegt.

Die Neutralität gegenüber den Lebensentwürfen ist auch Hintergrund des von Lessenich und Möhring-Hesse entworfenen Leitbildes eines »demokratischen Sozialstaats«. <sup>11</sup> Sie schreiben:

»Im Gegensatz zum bestehenden Sozialstaat wird der demokratische Sozialstaat deshalb nicht bestimmte Lebensformen als gesellschaftliche Normalität voraussetzen und damit weder die Erfüllung entsprechender Normalitätsannahmen belohnen noch deren »Missachtung« bestrafen. Der Sozialstaat erfüllt in dieser Weise nicht nur eine elementare Forderung der liberalen Demokratie, sondern reagiert damit auch auf jenen grundlegenden Wandel der privaten Lebensformen, den man gemeinhin als »Individualisierung« bezeichnet und der für einen guten Teil der Leistungsmängel des bestehenden Sozialstaats verantwortlich ist.« <sup>12</sup>

Die Neutralität gegenüber den Lebensweisen geht mit dem Anspruch auf gleiche Entwicklungsmöglichkeiten für beide Geschlechter einher. Es wäre sicherlich falsch, mit dem Argument der Neutralität blind im Bezug auf bestehende Hierarchien und Arbeitsteilungen zu agieren und gleiche Bedingungen für Frauen und Männer simpel zu unterstellen. Vielmehr muss eine aktive Gleichstellungspolitik, die die freie Entwicklung eines und einer jeden Einzelnen zum Ausgangspunkt nimmt, vorhandene strukturelle Unterschiede wahrnehmen und ihnen entgegenwirken. Es ist deshalb kein Widerspruch, einerseits Neutralität gegenüber den Lebensweisen zu fordern und gleichzeitig Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, bestehende einengende Rollenklischees zu beseitigen und die Erwerbsintegration von Frauen zu verbessern, zumal an dieser nicht nur symbolisch der vollwertige Bürgerstatus hängt, sondern faktisch eigenständige soziale Absicherung noch immer an Erwerbstätigkeit bzw. an den lohnarbeitsfinanzierten Sicherungssystemen hängt.

Zielstellung sozialistischer Familienpolitik muss die Gleichstellung aller Lebensweisen und die Herstellung einer echten Wahlfreiheit sein, die heute nicht gegeben ist. Das heißt, Sozialpolitik nicht länger vom »Familienvater« aus zu denken, sondern aus der Per-

11 Stephan Lessenich, Matthias Möhring-Hesse definieren in ihrer Expertise im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung »Ein neues Leitbild für den Sozialstaat« (Berlin, September 2004) diesen als einen Sozialstaat, »der Ausdruck und Garant der wechselseitigen Anerkennung und gegenseitigen Solidarität untereinander verpflichteter, politisch gleicher und sozialpolitisch gleich berechtigter Bürgerinnen und Bürger ist.«

12 Ebenda, S. 4.

spektive von Individuen und explizit aus der Perspektive derjenigen, deren Ansprüche sich bislang von diesem Familienvater abgeleitet haben bzw. sich an ihn und nicht an die Allgemeinheit richteten.

In der feministischen Sozialstaatstheorie wird das »adult-worker-model« als Alternative diskutiert bzw. als Beschreibung der bereits erfolgten Modernisierung der Familienpolitik verwendet – einer Modernisierung, die in den verschiedenen Mitgliedsstaaten der EU unterschiedliche Ausmaße angenommen hat und gerade in der Bundesrepublik durch die Betonung von Teilzeitarbeit oder Hinzuverdienst für Frauen sicherlich mit am schwächsten ausgeprägt ist.

Doch das »adult-worker-model« als normatives Leitbild kollidiert gleichwohl mit anderen Ansprüchen einer modernen Sozialpolitik, nämlich dem, die Erwerbs- bzw. Lohnarbeitszentrierung der Sozialpolitik aufzuheben. Dies gilt insbesondere dann, wenn das »adult-worker-model« nach der Definition von Klammer und Klenner ein Modell umschreibt, in dem im Allgemeinen »erwachsene Bürger grundsätzlich als Erwerbstätige angesehen und ihre Ansprüche auf wohlfahrtsstaatliche Leistungen weitgehend an diesen Status geknüpft«<sup>13</sup> werden. Doch auch die von Woods vorgenommene alternative Definition des »adult-worker-models« als ein Modell, das »von der Fähigkeit des/der Einzelnen als normal und wünschenswert aus(geht), allein für seinen/ihren Lebensunterhalt aufzukommen«<sup>14</sup>, ist nicht nur angesichts der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit äußerst schwierig zu realisieren. Es ist auch insofern problematisch, als dass mit genau dieser Argumentation einschneidende Kürzungen bei Langzeitarbeitslosen vorgenommen wurden.

Nicht nur vor dem Hintergrund der Debatte um die angesichts der Prekarisierung der Arbeitswelt problematisch gewordene Erwerbs-arbeitsfixierung der Sozialpolitik, sondern auch aus feministischer Sicht ist einem solchen Leitbild nicht vorbehaltlos zuzustimmen. Klammer und Klenner wenden sich explizit gegen ein Modell, »in dem durchgängige Vollzeitenerwerbstätigkeit für alle Erwachsenen zur Normalität erklärt wird und damit (...) das bisherige, auf den männlichen Erwerbstätigen mit erwerbstätiger Ehefrau zugeschnittene Normalarbeitsverhältnis auf alle Erwachsenen zu übertragen wäre.«<sup>15</sup> Christina Stecker behauptet gar, dass die von Feministinnen erhoffte Verheißung des »adult-worker-models« sich für viele Frauen als ein Fluch herausgestellt hätte, da Arbeitsverhältnisse prekär sind und sich die Formen der Absicherung bei Nicht-Erwerbsarbeit im Zuge des Sozialabbaus verschlechtert hätten.<sup>16</sup> Und richtigerweise kritisiert Jane Lewis, dass »die Neujustierung, Männer und Frauen unterschiedslos zu behandeln – allesamt gleichermaßen als Erwerbsbürger –, die komplexen Probleme (übersieht), die mit der unbezahlten Sorgearbeit verbunden sind.«<sup>17</sup> Sie folgert daraus: »Strebt Politik die Gleichheit der Lebensverhältnisse im Unterschied zur ökonomischen Individualisierung via Erwerbsarbeit an, dann muss sie sich eher auf Fragen der Verteilung und Bewertung der Sorgearbeit konzentrieren – und zwar insbesondere mit Blick auf die Zeitverteilung im Haushalt.«<sup>18</sup> Und die Autoren Arn und Walter formulieren in diesem Sinne, dass es um eine Weiterentwicklung hin zu einem »integralen adult-worker-model« geht, das

13 Ute Klammer, Christina Klenner: Geteilte Erwerbstätigkeit – gemeinsame Fürsorge. Strategien und Perspektiven der Kombination von Erwerbs- und Familienleben in Deutschland, in: Sigrid Leitner u. a., a. a. O., S. 178.

14 Dorian R. Woods: Das »adult worker model« in den USA und in Großbritannien, in: Sigrid Leitner u. a., a. a. O., S. 212.

15 Ute Klammer, Christina Klenner a. a. O., S. 197.

16 Christina Strecker: Der Fluch der Verheißung: Kommodifizierungszwang und De-Kommodifizierungsrisiko im »adult worker model«, in: Sigrid Leitner u. a., a. a. O., S. 234.

17 Jane Lewis: Auf dem Weg zur Zwei-Erwerbstätigen-Familie, in: Sigrid Leitner u. a., a. a. O., S. 75.

18 Ebenda, S. 78.



auf eine deutliche Arbeitszeitverkürzung und die Förderung von »Hausmännlichkeit« setzt.<sup>19</sup>

Das »adult-worker-model« bleibt auch die Antwort auf die Frage schuldig, wie die Absicherung zu Zeiten der Nicht-Erwerbstätigkeit zu erfolgen hätte. Lessenich und Möhring-Hesse fordern im Sinne eines demokratischen Sozialstaates »eine dem strukturellen Wandel der Haushalts- und Lebensformen entsprechende Individualisierung sozialpolitischer Leistungen und Belastungen; schließlich eine den veränderten Bedingungen der individuellen Verausgabung von Arbeitskraft Rechnung tragende Neujustierung der sozialstaatlichen Regulierung der Erwerbsarbeit und des Verhältnisses von Arbeit und Leben.«<sup>20</sup>

Um aus dem Widerspruch zwischen dem Anspruch einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbsleben einerseits und der Kritik an der Erwerbsarbeitszentrierung der Sozialpolitik andererseits herauszukommen, ist es also notwendig, neben dem Abschied vom ErnährermodeLL auch den Abschied vom VollzeitarbeitsmodeLL einzuleiten. Und es wäre eine Konkretisierung eines »adult-worker-models« dahingehend vorzunehmen, dass die eigenständige Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit eine tatsächliche Möglichkeit und keinen Zwang bedeuten soll. Angesichts von Massenarbeitslosigkeit, Arbeitsverpflichtungen und verschärften Zumutbarkeitsregelungen ist gegenwärtig weder die Möglichkeit zur Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit noch die Wahlfreiheit zur Erwerbsarbeit für alle Menschen gegeben.

Nichterwerbstätige Ehepartnerinnen und Ehepartner müssten vom Grundsatz her über ein Grundeinkommen abgesichert werden. Dieses würde zwar auch keinen Anreiz für eine eigenständige Erwerbs-sicherung von Frauen darstellen, aber immerhin eine eigenständige Absicherung und somit mehr Freiheitsgrade bedeuten. Vor dem Hintergrund einer von einigen Feministinnen geäußerten Kritik, dass ein nicht an Erwerbstätigkeit geknüpftes Grundeinkommen einer besseren Erwerbsintegration im Wege steht, müsste ein solches Grundeinkommen unbedingt mit einer radikalen Arbeitszeitverkürzung verbunden werden, die die Grundlage für eine solche Erwerbsintegration von Frauen und für eine gerechte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern liefern würde.<sup>21</sup>

Dass diese Möglichkeit auch einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedarf, gehört inzwischen – zum Glück – zu sozial- und familienpolitischen Allgemeinplätzen und wird deshalb auch nicht weiter ausgeführt. Die Forderung nach der Realisierung dieses Anspruchs kann allerdings nicht oft genug erhoben werden.

Eine Alternative zum »ErnährermodeLL« kann also nur im Leitbild einer aktiven Gleichstellungspolitik liegen, welches die konsequente Einführung des Individualprinzips in den sozialen Sicherungssystemen und die Möglichkeit einer eigenständigen Existenzsicherung jedes Menschen miteinander verbindet. Überkommene Normalitätsannahmen und Moralvorstellungen haben nichts in einer emanzipatorischen Sozialpolitik zu suchen.

### *Handlungsfelder linker Sozial- und Familienpolitik*

Aus der Notwendigkeit heraus, sich vom »ErnährermodeLL« zu verabschieden und eine aktive Gleichstellungspolitik zu entwickeln, die

19 Christoph Arn, Wolfgang Walther: Wer leistet die andere Hälfte der Arbeit? Die Beteiligung von Männern an der Hausarbeit als Bedingung eines »integralen« Modells der Zwei-Verdiener-Familie, in: Sigrid Leitner u. a., a. a. O., S. 132 ff.

20 Stephan Lessenich, Matthias Möhring-Hesse a. a. O., S. 3.

21 Für die feministische Diskussion zum Grundeinkommen vgl. exemplarisch: Michael Schreyer: Grundeinkommen – Das Brot der Emanzipation oder Schweigegeld für Frauen?, in: Michael Opielka, Ilona Ostner (Hrsg.): Umbau des Sozialstaats, Bd. 2 der Reihe Perspektiven der Sozialpolitik, Essen 1987, S. 270-276; Irene Pimminiger: Grundeinkommen und Geschlechterverhältnisse, unveröff. Manuskript, Wien 2000.

sowohl die Gleichstellung der Lebensweisen als auch die der Geschlechter zum Gegenstand hat, möchte ich die folgenden Handlungsfelder für linke emanzipatorische Politik vorschlagen:

*Erstens: Familienförderung gehört dahin, wo Kinder sind: Ehegattensplitting abschaffen, Kindergrundsicherung einführen.*

Das Ehegattensplitting ist eines der zentralen Anreizsysteme für die Nicht-Erwerbstätigkeit von Frauen. Es folgt dem Kriterium »Trauschein« bei der Familienförderung und nicht dem Kriterium »Vorhandensein von Kindern«. Letzteres wird spätestens dann deutlich, wenn man bedenkt, dass Alleinerziehende keine steuerlichen Vorteile haben. Nicht zuletzt entgehen mit dem Ehegattensplitting dem Staatssäckel Einnahmen in Milliardenhöhe, die familienpolitisch an anderer Stelle besser eingesetzt wären.

Nicht umsonst war seine Abschaffung eine zentrale, mit der rot-grünen Bundesregierung verbundene Reformhoffnung – eine Reformhoffnung, die jedoch enttäuscht wurde. Nun obliegt es der Linkspartei, die Forderung nach Abschaffung des Ehegattensplittings glaubwürdig zu vertreten. Sie ist im Steuerkonzept der Linkspartei.PDS bereits integriert, wird allerdings durch den Vorschlag der steuerlichen Absetzbarkeit eines Betrages in Höhe des Existenzminimums des Ehegatten geradezu konterkariert – vor allem dann, wenn es auch dort gelten soll, wo keine Kinder sind. Aus meiner Sicht könnte es daher ersatzlos gestrichen werden – also auch ohne die Variante Realsplitting bzw. Anrechnung von Freibeträgen. Dort, wo Familien in traditioneller Form mit Kindern leben und die Abschaffung des Splittings zu Härten führen würde, müsste eine Übergangs- oder Stichtagsregelung entwickelt werden. Das Steuerkonzept der Linkspartei müsste also an diesem Punkt überdacht und überarbeitet werden.

An diese Stelle müsste in einem ersten Schritt hin zu einer eigenständigen Existenzsicherung für jeden Menschen eine Kindergrundsicherung für jedes Kind treten, die selbstverständlich dem Kind zusteht, sein Existenzminimum abdeckt und deshalb auch nicht auf die Sozialtransfers der Eltern angerechnet werden kann. Inwiefern dies mehr kosten würde also die derzeitige Subventionierung der Hausfrauenehe durch das Ehegattensplitting, müsste durchgerechnet werden.

*Zweitens: Weg von monetären Transfers – hin zu sozialen Dienstleistungen: Freibeträge im Steuerrecht durch kostenlose Kitas ersetzen.* Die Analyse der Familienförderung im europäischen Vergleich kommt auch zu dem Ergebnis, dass in Deutschland sehr viel Geld in monetäre Leistungen für Familien versickert, ohne dass diese – gemessen an den Kriterien moderner Familienpolitik – effektiv wären, also zum Beispiel bei der Herstellung gleicher Teilhabemöglichkeiten aller Kinder. Prinzipiell ist ein solches Umsteuern hin zum Ausbau sozialer Dienstleistungen zu begrüßen, sofern es nicht auf Kosten des Kindergeldes geht, das ja als Form der Grundsicherung die Existenzgrundlage des Kindes darstellt.

Im Steuerrecht hat Familienförderung aus meiner Sicht allerdings grundsätzlich nichts verloren, denn dort wirkt sie sozial ungerecht. Von Kinderfreibeträgen im Steuerrecht profitiert man umso mehr, je mehr man verdient. Kinder von Erwerbslosen profitieren überhaupt

nicht von dieser Regelung. Aus diesem Grund ist es unverständlich, dass selbst im Steuerkonzept der Linkspartei ein System aufrechterhalten wird, das (Besser-)Verdienenden zugutekommt.

Ein Rechtsanspruch nicht nur auf Kita-, sondern auch auf Krippenplätze und die Herstellung der Kostenfreiheit der frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsstruktur stellen demgegenüber wesentlich bessere Möglichkeiten dar, Kinder aus sozial schwachen Familien zu fördern und ihnen gleiche Teilhabemöglichkeiten zu eröffnen. Auch hier gilt: Kostenfreiheit kommt allen Kindern zugute, die steuerliche Absetzbarkeit der Betreuungskosten nur verdienenden Eltern.

*Drittens: Soziale Sicherung individualisieren: »Bedarfsgemeinschaften« und gegenseitige Unterhaltsverpflichtungen abschaffen, soziale Grundsicherung individualisieren.* Kaum eine andere Konstruktion wird als so ungerecht empfunden wie die Konstruktion »Bedarfsgemeinschaft«. Bereits die vorangegangenen Hartz-Gesetze, die zu einer stärkeren Anrechnung der Partnereinkommen geführt haben, wurden zu Recht vor allem von Frauen kritisiert, die ihre eigenen erworbenen Versicherungsansprüche über Nacht verloren haben. Mit der neuen Regelung verlieren Personen ohne Leistungsbezug faktisch auch den Anspruch auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Verschärft wurde die innerfamiliäre Abhängigkeit auch dadurch, dass die CDU/SPD-Koalition die Regelleistungen für Jugendliche unter 25 Jahren weiter reduziert und den Anspruch auf eine eigenständige Haushaltsgründung abgeschafft hat.

Wie bereits dargestellt, unterliegen auch Unterhaltsansprüche zwischen Erwachsenen einer zunehmenden Legitimationskrise. Berghahn bezeichnet den Ehegattenunterhalt als »die zentrale Legitimationsgrundlage für die anti-egalitäre Auswirkung des deutschen Steuer- und Sozialsystems«<sup>22</sup> bzw. als »das überkommene Finanzierungsmodell der bürgerlichen Ehe und Familie«.<sup>23</sup> Durch den Ehegatten- und Verwandtenunterhalt zwischen Erwachsenen wird die Absicherung in Phasen der Nicht-Erwerbstätigkeit privatisiert statt sozialisiert. Zwar kennen die anderen europäischen Staaten mehrheitlich auch Unterhaltsansprüche zwischen Erwachsenen, räumen diesen aber nicht, wie in der Bundesrepublik, Priorität ein. Die in Deutschland angewendete strenge Subsidiarität beim Ehegattenunterhalt wirkt anti-egalitär, weshalb er für Berghahn gar eine mittelbare Diskriminierung darstellt.<sup>24</sup>

Die Alternative zur Zwangskollektivierung in Bedarfs- und Unterhaltsgemeinschaften besteht darin, eine Grundsicherung und mittelfristig ein Grundeinkommen einzuführen, das sich individuell bemisst, keine Bedarfsprüfung vorsieht und armutsfest ist. Dies ginge deutlich über den Rahmen des Adressatenkreises von Hartz IV, also von Langzeitarbeitslosen, hinaus. Es sollte unabhängig vom Kriterium der »Erwerbsfähigkeit« allen zugutekommen, die nicht erwerbstätig sind, um ihnen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Es würden auch Rentnerinnen und Rentner erhalten, insofern sie nicht höhere Bezüge aus der Rentenkasse bezögen.

Auch die Ansprüche an die sozialen Sicherungssysteme müssten eigenständig sein und sich nicht vom Familienernährer ableiten

*Viertens: Vereinbarkeit fördern – Erziehungsgeld durch Elterngeld ersetzen.* Um die Berufstätigkeit von Eltern zu fördern, muss die fi-

22 Sabine Berghahn a. a. O., S. 109.

23 Ebenda, S. 110.

24 Ebenda, S. 120.

nanzielle Absicherung während der Elternzeit reformiert werden. Und zwar weg vom Taschengeld Erziehungsgeld hin zu einer Lohnersatzleistung, die es ermöglicht, den Lebensstandard zu sichern und schnell wieder in den Beruf zurück zu kehren. Das Elterngeld orientiert sich vom Grundgedanken an der eigenständigen Existenzsicherung von Frauen durch Erwerbsarbeit und eine partnerschaftliche Arbeitsteilung. Zentrales Merkmal sind daher Lohnersatzleistung, eine kurze Bezugsdauer und teilweise Nicht-Übertragbarkeit der Ansprüche bzw. Notwendigkeit der partnerschaftlichen Teilung. Mit diesem Grundgedanken ist es dem bisherigen System des Erziehungsgeldes eindeutig vorzuziehen. Erziehungsgeld ist auch nicht per se sozial ungerecht. Das hängt von seiner konkreten Ausgestaltung ab.<sup>25</sup> Kritiken der Linken an dem inzwischen eingeführten Elterngeld müssten an der konkreten Ausgestaltung zu Lasten erwerbsloser oder geringverdienender Eltern ansetzen, nicht jedoch am grundsätzlichen Paradigmenwechsel.

25 In dieser Diskussion verweise ich auf Falk Neubert: Pro Elterngeld – Überlegungen zur Familienpolitik der Linkspartei, [www.emanzipatorische-linke.de](http://www.emanzipatorische-linke.de).

*Fünftens: Mehr Männer in Familienarbeit, mehr Frauen in Erwerbsarbeit – ja zu Vätermonaten, nein zu Mini-Jobs.* Damit die Forderung nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sich nicht nur auf Frauen, sondern auch auf Männer bezieht, sollte die Linkspartei.PDS die Einführung von Vätermonaten begrüßen, die Vätern Anreize für die Übernahme von Erziehungsverantwortung geben.

Im Sinne der Förderung der Berufstätigkeit von Frauen ist es besser, Erwerbseinschränkung statt Verlängerung der Erwerbsunterbrechung zu fördern – etwa in Form eines uneingeschränkten Rechtsanspruchs auf Teilzeitarbeit oder zeitwerte Leistungen.

Mini- und Midi-Jobs als Ausdruck des weiblichen »Hinzuerdienstes« sind eine Ursache für die überproportionale Repräsentation von Frauen im Niedriglohnbereich. Sie gilt es abzuschaffen – Sozialversicherungspflicht muss ab der ersten Stunde gelten.

Und selbstverständlich wollen wir einen Rechtsanspruch auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen unabhängig vom Leistungsbezug.

*Sechstens: Mehr Verfügungsgewalt über Zeit und Leben: Wege zu einer progressiven Zeitpolitik.* Die Forderung nach einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung muss eine wesentlich prominentere Stellung in den Forderungen der Linkspartei.PDS erhalten. Untersuchungen zufolge gilt jungen Menschen die Forderung nach kürzeren Arbeitszeiten als die wichtigste Maßnahme für eine familienfreundliche Welt. Sie ist außerdem die entscheidende Maßnahme zur gerechteren Verteilung von Erwerbsarbeit und Einkommen und somit zentrales Instrument zur Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit. Sie ist Voraussetzung für eine gerechtere Arbeitsteilung in Familien.

Neben einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung müssen auch verstärkt zeitwerte Rechte (das heißt das Recht auf Freistellung vom Arbeitsplatz zur Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen bei gleichzeitiger materieller und sozialer Absicherung)<sup>26</sup> eine Rolle spielen. Das Recht auf Teilzeitarbeit muss uneingeschränkt gelten.

26 Margrit Schratzenstaller: Neue Dilemmata – neue Bedarfe. Synopse und Ausblick, in: Sigrid Leitner u. a., a. a. O., S. 388.